

stimme

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

112

EUR 5,50

ISSN:2306-9287



2019
Herbst

Demokratie
für alle

Sie haben Fragen ...

- an die Bundeskanzlerin
- an die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend
- an den Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien
- zur Europäischen Union
- zur öffentlichen Verwaltung in Österreich

Bürgerinnen- und Bürgerservice

☎ 0800 222 666*
Mo bis Fr: 8–16 Uhr

@ service@bka.gv.at

✉ Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 1
1010 Wien

📞 +43 1 531 15-204274

Frauenservice

☎ 0800 20 20 11*
Mo bis Do: 10–14 Uhr
Fr: 10–12 Uhr

@ frauenservice@bka.gv.at

Familienservice

☎ 0800 240 262*
Mo bis Do: 9–15 Uhr

@ familienservice@bka.gv.at

*gebührenfrei aus ganz Österreich

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Wir freuen uns auf Ihre Fragen und Anliegen!



Impressum

STIMME ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten).

Medieninhaberin und Verlegerin:

Bürgerinitiative Demokratisch Leben,

Jahnstraße 17, 6020 Innsbruck | Tel.: +43 512 58 67 83

Herausgeberin und Redaktion: Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten | ZVR-Zahl: 393928681) | Gumpendorfer Straße

15/13, 1060 Wien | Tel.: +43 1 966 90 01 | office@initiative.minderheiten.at | stimme@initiative.minderheiten.at

Chefredakteurin: Gamze Ongan

Redaktionelle Mitarbeit: Vida Bakondy, Beate Eder-Jordan, mh, Jessica Beer, Raffaella Gmeiner, Cornelia Kogoj, Sabine Schwaighofer, Jana Sommeregger, Gerd Valchars, Vladimir Wakounig

Kolumnen: Hakan Gürses, Erwin Riess, Duygu Özkan

Grafisches Konzept, Artdirection & Illustrationen: fazzDesign (Fatih Aydoğdu) | fazz@fazz3.net

Lektorat: Daniel Müller

Herstellung (Repro & Druck): Donau Forum Druck Ges.m.b.H., Walter-Jurmann-Gasse 9, 1230 Wien | office@dfd.co.at

UW785 Lizenznehmer Österreichisches Umweltzeichen.

Verlags- und Erscheinungsort: Innsbruck | Verlagspostamt: 6020 Innsbruck

Anzeigen: Ebru Uzun | office@initiative.minderheiten.at

Aboservice: Ebru Uzun | abo@initiative.minderheiten.at

Jahresabo: EUR 20,- Inland, EUR 30,- Ausland (für Vereinsmitglieder kostenlos), Einzelpreis: EUR 5,50

Web: www.initiative.minderheiten.at

www.zeitschrift-stimme.at

www.facebook.com/zeitschriftstimme

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.

04	Aushang Kurzmeldungen
05	Editorial Gamze Ongan
06	Stimmfrage Wahlen in autoritären Zeiten Hakan Gürses
08–10	Der Beitrag migrantischer Protestbewegungen zur Demokratisierung Ilker Ataç
11	Demokratieausschluss ist kein Naturgesetz Alexander Pollak
13–14	Reduktion Die Repräsentation von Menschen mit Behinderungen Marianne Schulze
16–17	Es ist #WiederDonnerstag Laura Şahan Maira Enesi Michaela Moser
18–19	Fotostrecke do!-Initiative
20–21	Feminismus Die Vision echter Gleichwertigkeit Lena Jäger
22–25	„Demokratie ist die erträglichere Form der staatlichen Herrschaft“ Zoraida Nieto, Maynat Kurbanova und Hakan Gürses im Stimme-Gespräch
26–28	Von der repräsentativen zur vernetzten Demokratie Felix Stalder
29	Groll Herr Groll berichtet vom Donauknie Erwin Riess
30–31	Nachlese Das Revolutionäre ist nicht das Geld Julia Schönherr
32–33	Kennengelernt Anna Goldenberg Duygu Özkan

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz: STIMME – Zeitschrift der Initiative Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) mit der grundlegenden Richtung gemäß §2 und §3 der Vereinsstatuten, die Kommunikation und das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten durch die Selbstdarstellung von Minderheiten und ihren Organisationen, durch Interviews, Erfahrungsberichte, wissenschaftliche Beiträge, Buch-, Periodika- und Tonträgerbesprechungen, aktuelle Nachrichten und Veranstaltungshinweise bzw. -berichte auf medialer Ebene zu fördern. Die Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) ist Mitglied der Bürgerinitiative Demokratisch Leben (Medieninhaberin) und Herausgeberin der Zeitschrift. Die Finanzierung der Zeitschrift erfolgt durch öffentliche Subventionen, Mitgliederbeiträge, Abonnements und freiwillige Spenden. Die Adressen der Medieninhaberin und der Herausgeberin sind im Impressum angeführt.

Rekordteilnahme an der „Pass Egal Wahl“ 2019

Die Menschenrechtsorganisation **SOS-Mitmensch** veranstaltet seit 2013 parallel zu den Nationalratswahlen die sogenannte „Pass Egal Wahl“ für Nichtwahlberechtigte: Menschen, die schon viele Jahre in Österreich leben oder gar hier geboren wurden, aber aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft von den Wahlen ausgeschlossen sind.

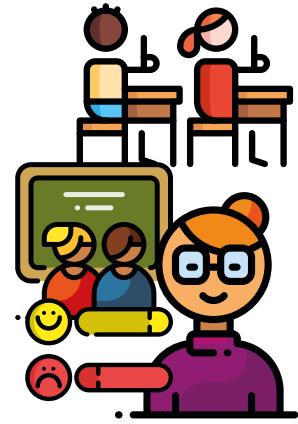
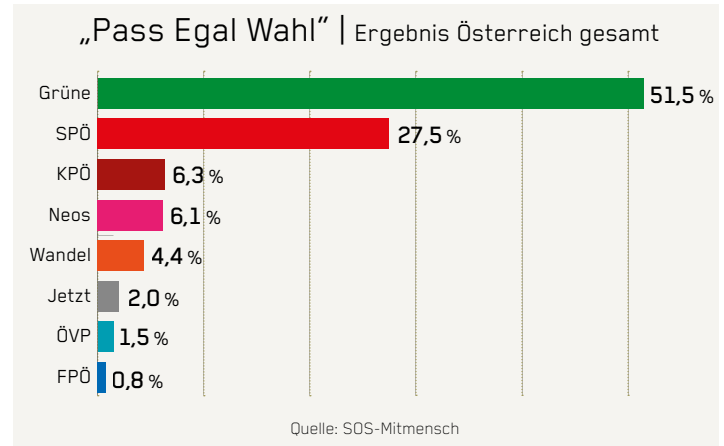
Lag der Anteil dieser Gruppe bei der ersten „Pass Egal Wahl“ vor sechs Jahren bei knapp 12 Prozent (830.000), sind heute rund 15,5 Prozent der Bevölkerung über 16 Jahren (1,23 Millionen) von den Wahlen ausgeschlossen.

Die letzte „Pass Egal Wahl“ fand am 24. September 2019 an 15 Standorten – erstmals in allen Bundesländern – statt. Inklusive Wahlmobile und Briefwahl nahmen nahezu 4.000 Menschen mit Pässen aus 95 Ländern daran teil – darunter auch über 1.000 österreichische Staatsbürger*innen als Zeichen der Solidarität.

Während die großen Gewinner*innen dieser Wahl mit rund 51,5 Prozent die Grünen sind – gefolgt mit rund 27,5 Prozent von der SPÖ –, erhielten die

ehemaligen Koalitionspartner ÖVP und FPÖ gemeinsam 2,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Zweifellos nicht repräsentativ für alle Menschen ohne Wahlrecht, aber ein Stimmungsbild für solche, die ein Zeichen für inklusive Demokratie setzen wollen.

SOS-Mitmensch fordert, dass alle Menschen, die ihren Hauptwohnsitz in Österreich haben, nach spätestens drei Jahren das aktive und passive Wahlrecht erhalten. Die Initiative **Minderheiten** schließt sich dieser Forderung an.



Schulgischtn

Drei junge Lehrer*innen aus Wien und Niederösterreich starteten einen Blog für vielseitige Geschichten aus der Neuen Mittelschule. Ziel ist es, neben „Problemgischtn“ auch auf „Erfolgsgischtn“ aufmerksam zu machen. Eingeladen zu schreiben sind Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte.

www.schulgischtn.com

Die Initiative Minderheiten und das Haus der Geschichte Österreich (hdgö) laden ein zu:

Was wir fordern!

Zwei Abende mit Minderheitenrechtsaktivist_innen

Freitag, 18.10.2019, 19:00 Uhr
Freitag, 15.11.2019, 19:00 Uhr

Haus der Geschichte Österreich, hdgö
Neue Burg, Heldenplatz
1010 Wien



Die Veranstaltungen sind eine Kooperation der Initiative Minderheiten mit dem Haus der Geschichte Österreich.

Konzeption und Umsetzung: *Birgit Johler* (hdgö) und *Cornelia Kogoj* (Initiative Minderheiten)
Grafische Gestaltung: *Beatrix Bakondy*
Druck: *Donauforum*

Eintritt frei - Rollstuhlgerecht

Für den Inhalt verantwortlich:
Initiative Minderheiten, Gumpendorfer Str. 15/13,
1060 Wien

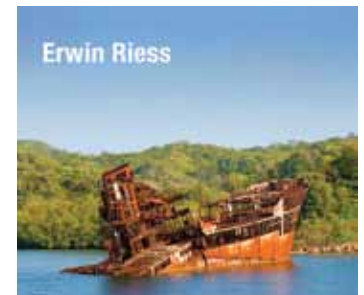
Foto Vorderseite:
Forderung nach einer zweisprachigen Aufschrift am
Gemeindeamt/Občinski urad in Globasnitz/Globasnica.
Anfang der 1970er Jahre.
© Monika Kogoj

Erschreckendes über Europa

Erwin Riess liest aus seinem neuen Roman *Herr Groll und die Donaupiraten*.

9.11.2019 | 13:00 | Buch Wien 19
Halle D, Bühne 2
Trabrennstraße, U2-Station „Krieau“

Die Buchbesprechung folgt in der nächsten **Stimme**.



HERR GROLL
UND DIE
DONAUIRATEN
Roman



OTTO MÜLLER VERLAG



In der Vorbereitungszeit unseres Demokratie-schwerpunktes erlebte Österreich sämtliche Spielarten des demokratischen Systems. Die Koalitionsregierung zerbrach unerwartet an einem – jeglichen Demokratieverständnis widersprechenden – Skandal. Neuwahlen wurden gefordert, Minister*innen traten zurück, eine Übergangsregierung wurde angelobt und durch einen Misstrauensantrag gleich wieder abgewählt. Der Bundespräsident entließ das Kabinett, ernannte eine neue Bundeskanzlerin und gelobte eine Übergangsregierung mit Expert*innen an. Der Wahlkampf ging los. Plötzlich waren die Themen rund um Demokratie viel greifbarer, als sie sonst sind.

In Demokratien mit einem pluralistischen Selbstverständnis kommt Minderheiten die Funktion eines Gradmessers zu: Je minderheitengerechter eine Gesellschaft ist, als desto demokratischer gilt sie. In Fragen der Grund-, Freiheits-, Menschen- und Minderheitenrechte ist die parlamentarische Mehrheit nicht befugt zu entscheiden. Und das ist gut so! Diese Rechte sind in der Verfassung verankert – nicht zuletzt als Folge von Kämpfen und Forderungen verschiedener Minderheitenbewegungen. Dennoch werden Prinzipien der Demokratie weltweit missachtet, nicht selten von demokratisch legitimierten Instanzen. Also bedarf es weiterer Kämpfe zur Demokratisierung der Gesellschaft.

Unsere Autor*innen zeigen die Schwächen der österreichischen Demokratie im Umgang mit minoritären Gruppen auf, sie denken über Alternativen nach.

Funktionierende Demokratien sind auf den Streit über Gesellschaftsentwürfe angewiesen. In diesem Sinne tragen Protestbewegungen zur Demokratisierung bei. Der Politologe *Ilker Ataç* analysiert die Strategien politischer Kämpfe von Migrant*innen.

Alexander Pollak, Sprecher von SOS Mitmensch, thematisiert die demokratische Notwendigkeit des Wahlrechts für Menschen ohne österreichischen Pass – immerhin nahezu 16 Prozent der österreichischen Bevölkerung.

Die Reduktion des Menschen auf seine Beeinträchtigung hat die Reduktion des repräsentativen Aspekts der Demokratie zur Folge. Die Menschenrechtskonsultantin *Marianne Schulze* plädiert für eine kommunikative Barrierefreiheit.

Politik auf die Straße! *Laura Şahan*, *Maira Enesi* und *Michaela Moser* aus dem Kernteam der Donnerstagsdemos begeistern uns für den demokratischen Austausch vor und mit Tausenden. Die Eindrücke aus mittlerweile 36 Donnerstagen haben wir in einer Fotostrecke festgehalten. Einen großen Dank an die *do!-Initiative* für die Zurverfügungstellung der „FoDo!“!

Trotz des demokratischen Anspruchs, allen Bürger*innen Freiheit, Gleichheit und politische Partizipation zu bieten, sind Teilhabemöglichkeiten nicht für alle gleich. *Lena Jäger*, Projektleiterin des Frauen*Volksbegehrens, zeigt auf, dass Sichtbarkeit und Mitsprache von Frauen nicht parallel zu ihrem Anteil im Parlament steigt.

Politisches Engagement lässt sich geografisch schwer eingrenzen, insbesondere für jene, deren Auswanderungsmotive (auch) politische waren. *Cornelia Kogoj* sprach mit dem Philosophen *Hakan Gürses*, der Journalistin *Maynat Kurbanova* und der Medienkünstlerin *Zoreida Nieto* über ihr Verständnis von Demokratie sowie über Verantwortung und Widersprüche im politischen Handeln.

Von außen angegriffen, von innen ausgehöhlt – verantwortlich für die weltweite Krise der Demokratie sind für den Medientheoretiker *Felix Stalder* nicht zuletzt die Veränderungen in der Struktur der Öffentlichkeit: über enttäuschte Hoffnungen des Internets und eine neue Politik der vernetzten Öffentlichkeiten.

Diese Ausgabe entstand in redaktioneller Mitarbeit der **Grünen Bildungswerkstatt Wien (GBW)**. An dieser Stelle einen herzlichen Dank an *Faika El-Nagashi* für das gemeinsame Diskutieren und Erarbeiten der Themenschwerpunkte.

Was Sie auf den folgenden Seiten noch erwartet: Das bedingungslose Grundeinkommen ist noch nicht Realität, seine möglichen Auswirkungen wurden aber in zahlreichen Projekten erforscht. In der *Radio-Stimme-Nachlese* von *Julia Schönherr*.

Das große Interesse an ihrer Person im Ausland brachte die Wiener Jüdin *Anna Goldenberg* dazu, ihre Familiengeschichte zu verschriftlichen. *Duygu Özkan* stellt die Autorin und Journalistin in *Kennengelernt* vor.

Nachdenken über Demokratie lohnt sich. In diesem Sinne eine anregende Lektüre durch den farbenfrohen Herbst wünscht

Gamze Ongan | Chefredakteurin

Demokratie für alle

Wahlen in autoritären Zeiten

Von Karl Kraus stammt der Spruch: Ein Feuilleton schreiben heißt auf einer Glatze Locken drehen. Besonders passend ist das Bonmot im Zusammenhang mit der Nationalratswahl, die, während diese Kolumne verfasst wird, noch bevorsteht, bei deren Lektüre allerdings schon geschlagen sein wird. Was kann in einer Fachzeitschrift für minoritäre Angelegenheiten über die Vorwahlzeit im Österreich des Jahres 2019 geschrieben werden, ohne Binsenweisheiten zu verbreiten oder dass der Kommentar ungewollt komisch oder tragisch wirkt?

Sollte in dieser Kolumne etwa zu lesen sein, dass die FPÖ spätestens seit Jörg Haider's Parteiohmannschaft eine minderheitenfeindliche Politik betreibt? (Gäh!) Oder dass die Kurz-ÖVP neben ihrem Mantra „Migration und Flucht sind eine schädliche Frucht“ gänzlich auf die – im Übrigen furchtbar schlecht gespielte – Opferrolle setzt und auf postfaktische Trübungspolitik durch Fake-News? (Gäh!) Dass die SPÖ es nach wie vor nicht schafft, ihr immer weiter nach rechts schlagendes Pendel zumindest in der Mitte zu halten? (Gäh!) Dass die Grünen das von der Selbsterfleischung übriggebliebene politische und personelle Erbe ungefähr so behandeln, wie Vegetarier_innen eine Tasse Rindfleisch? (Ups!) Dass in diesem altbekannten Tohuwabohu die Menschen- und Minderheitenrechte sowie eine kapitalismuskritische Umweltpolitik dem diffusen, bis zur Politikvergessenheit durchmoralisierten „Klimaschutz durch apokalyptische Empörung“ geopfert werden? (Trauer-Emoji!) Dass die zur Wahl antretenden linken Grüppchen mangels medialer Präsenz (weil sie niemand einlädt) als sektiererische Spielverderber wahrgenommen werden, die zu wählen nur eine verlorene Stimme bedeute (Zorn-Emoji!) Um von den ganzen Hahnen- und Elefantenrunden im Fernsehen ganz zu schweigen, deren Lächerlichkeit durch kein Laientheater unterboten werden kann. (LOL!) ...

Ein Blick in die Wahlprogramme der Parteien genügt, um festzustellen: Für Minderheiten gibt es im wahlkämpfenden Österreich keinen Platz – außer als (instrumentalisierte) Sprachbilder. „Unsere alteingesessenen Volksgruppen“, „Migration muss begrenzt werden“, „Integration vor Zuzug“, „illegale Migration“ etc. Am merkwürdigsten klingt das etwa im Duktus der – derzeit in der oberen Mittelschicht ziemlich beliebten – Österreich-Version einer liberalen Partei: „Nicht jede/r, der/die das möchte, kann uneingeschränkt nach Europa einreisen und hier leben. Es braucht klare Regeln dafür. Parallel gilt es, die Personenfreizügigkeit (Reisefreiheit) innerhalb der Europäischen Union für Unionsbürger_innen zu garantieren. Unkontrollierte Grenzübertritte und Binnenwanderungen von Schutzsuchenden müssen verhindert werden“ (Pläne von A bis Z, Wahlprogramm der NEOS, Stand Juli 2019, S. 50).

Um es noch einmal auf der Zunge zergehen zu lassen: *Schutzsuchende verhindern!* Weltoffen, freiheitsliebend und tolerant – bis man auf Flüchtende stößt!

Manche (etwa die SPÖ) scheinen ihre Liebe für LGBTIQ-Personen entdeckt zu haben – was gut ist, wäre es nur ernstgemeint! Und alle lieben unser Klima, nahezu genauso, wie sie „dieses unser Österreich“ lieben.

Vielleicht war es nie ganz anders, aber heute ist es besonders deutlich geworden: Die Frage lautet nicht mehr, welche Partei die Interessen von minorisierten, diskriminierten sozialen Gruppen am besten vertritt, sondern wer ihnen nach der Wahl *am wenigsten Schaden* wird. Vor allem in Sachen Asyl und Migration stellt sich diese Frage derzeit so drastisch wie wohl nie zuvor. Dass fast 16 % der österreichischen Bevölkerung (in Wien sogar über 30 %) wegen fehlender Staatsbürgerschaft an den Wahlen am 29. September nicht teilnehmen dürfen, lässt diesen negativen Befund auch nicht gerade optimistisch erscheinen.

Die Politiktheoretikerin Chantal Mouffe betont, dass Demokratie und Liberalismus keine natürliche Einheit, sondern zwei unterschiedliche Traditionen darstellen, die eine historische Verbindung (Kampf gegen die absolutistischen Regime) zusammenbrachte. Aber ihre grundsätzliche Unvereinbarkeit erzeuge eine Spannung, welche die pluralistische Demokratie lebendig halte. Nun scheint aber die liberale Tradition (gerade in Zeiten des Neoliberalismus) ihre Bedeutung zu verlieren. Darum kann etwa Viktor Orbán die „illiberale Demokratie“ zum Programm erheben oder der PayPal-Mitbegründer und US-Investor Peter Thiel behaupten, Demokratie und Freiheit seien miteinander nicht kompatibel.

Die Zeichen liegen sehr deutlich vor uns: Der Staat wird autoritärer; eine rein auf sprachliche Reglementierung abstellende Gegenpolitik ruft paradoxerweise just autoritäre Maßnahmen herbei; unterdessen wird es zunehmend salonfähig, in öffentlichen Debatten über *bestimmte* Minderheiten (derzeit Migrant_innen und Geflüchtete) offen ablehnend bis rassistisch zu reden und dies zur Staatsräson zu erklären.

Daher gilt das, was wir in diesem Medium seit Anfang der 1990er Jahre immer wieder schreiben, auch und besonders heute: Die Politik der Minderheiten kann nicht auf etatistische Güte und öffentliches Gewissen hoffen. Eine gegenseitige Solidarität der diskriminierten sozialen Gruppen, die *minoritäre Allianz*, ist heute notwendiger denn je. Vor und nach der Wahl.

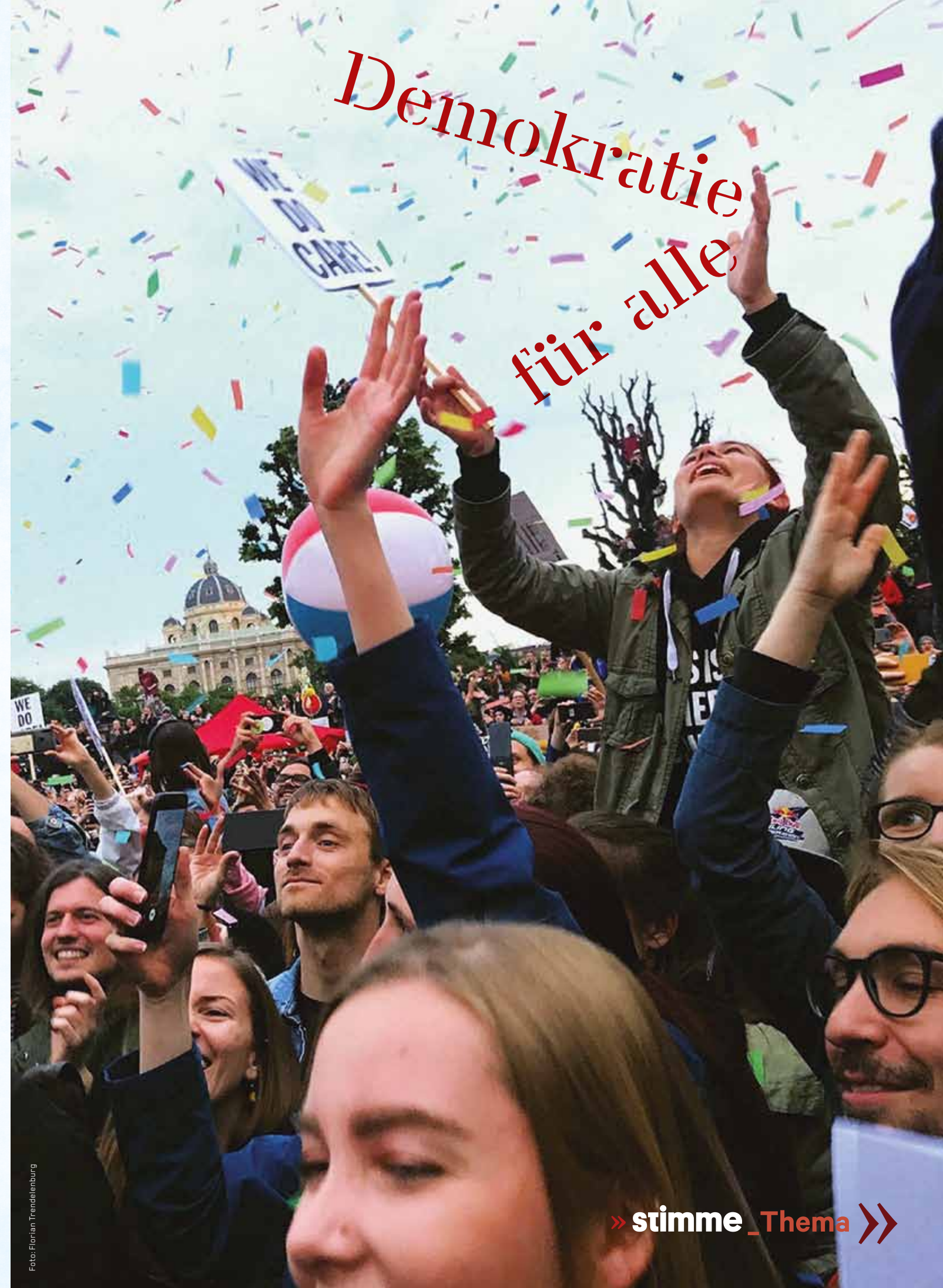


Foto: Florian Trendelenburg

Der Beitrag migrantischer Protestbewegungen zur Demokratisierung

Politische Handlungen und Aktivismus von Migrant*innen mit prekärem Status – ob undokumentierte Personen, abgelehnte Asylwerber*innen oder solche mit limitierten sozialen und politischen Rechten – sind in vielen Fällen für gesellschaftliche Akteur*innen und Öffentlichkeit unsichtbar. Dennoch gelang es in den letzten Jahren einzelnen Protestbewegungen, Sichtbarkeit zu erzeugen. Migrant*innen konnten sich in der Öffentlichkeit als politische Akteur*innen positionieren und Forderungen hörbar machen. In diesem Text möchte ich unterschiedliche Formen und Strategien des politischen Aktivismus von Migrant*innen darstellen und ihre Implikationen für die Demokratie reflektieren.



Foto: Jakob Alexander

Vorweg eine Begriffsdefinition: Wer gilt als Migrant*in? Und wie äußert sich politischer Aktivismus? Ich beschränke mich hier auf die Aktivitäten von Personen, die selbst migriert sind und in der Regel beschränkte Bürgerrechte haben. Sie fordern Rechte für sich selbst bzw. für eine migrationsrechtlich definierte Gruppe wie Asylwerber*innen ein, sie nehmen Stellung zu Ungleichheit produzierenden gesellschaftlichen Mechanismen und insistieren auf politischen Veränderungen. Die Identifizierung von Migrant*innen als Hauptakteur*innen des Aktivismus lässt sich in die Debatte einordnen, die zwischen selbstorganisiertem Aktivismus und pro-migrantischem Advocacy unterscheidet. Bei zweiterem spielt die Frage von Allianzen eine wichtige Rolle.

Jacques Rancière setzt sich in seinen Werken mit dem Begriff des Politischen auseinander und erarbeitet einen theoretischen Rahmen für ein neues Nachdenken über Politik. Sein Interesse gilt dem Dissens, der die institutionellen Mechanismen der Politikgestaltung unterbricht und damit einen neuen und offenen Raum schafft. Politik entsteht nach Rancière dann, wenn Subjekte die vorgegebene Ordnung infrage stellen und in einen Streit um das Öffentliche eintreten. Das Wesen der Politik finde sich in der streitbaren Auseinandersetzung, die vom Dissens lebt. Demokratie denkt Rancière als gesellschaftliche Bewegung in Form eines kollektiven Austausches von Informationen und Argumenten.

Im weiteren Verlauf führe ich Beispiele an, in denen sich Migrant*innen in der Form des Dissenses einbringen. Sie machen mit ihren Forderungen auf Probleme und Widersprüche im österreichischen und europäischen Asylregime aufmerksam oder aber sie protestieren gegen neonazistische Gewalt. Durch ihre Aktionen versehen sie sich mit der Macht, diese Forderungen öffentlich wirksam zu machen.

Strategien und räumliche Dimensionen des migrantischen Protests

Bei selbstorganisierten Aktivitäten, um die es im Folgenden gehen soll, richtet sich der Aktivismus gegen die Steuerung der Migration auf verschiedenen Ebenen: auf internationaler oder supranationaler (wie etwa bilaterale Arbeitsmigrationsabkommen oder die Militarisierung des Grenzschutzes), auf nationaler (wie Abschiebungen und Asylverfahren) und auf lokaler Ebene (etwa Diskriminierung im öffentlichen Raum). Was in diesem Text nicht erwähnt wird, ist die Diasporapolitik – wenn Migrant*innen für Menschenrechte, Demokratisierung oder gegen die autoritären Regierungen in ihren Herkunftsländern mobilisieren.

Ich möchte mit einem untypischen Beispiel beginnen: „Kein 10. Opfer!“ lautete das Motto der Schweigemärsche, die im Mai und Juni 2006 von Angehörigen der NSU-Opfer in Kassel und Dortmund organisiert wurden. An diesen Märschen nahmen 4.000 Menschen – vor allem aus den migrantischen Communitys – teil. Auf beiden Schweigemärschen forderten die Demonstrierenden die Aufklärung der Mordserie, die offiziell erst fünf Jahre später als rassistisch motiviert eingeordnet wurde. Zu diesem Zeitpunkt standen noch die Angehörigen der Opfer im Mittelpunkt der Ermittlungen.

Für Angehörige und Vertreter*innen migrantischer Communitys war der neonazistische Hintergrund der Mordserie von Anfang an klar. Deswegen gingen sie auf die Straße. „Ermittelt bei den Rechten“, hatten sie die Ermittlungsbehörden wiederholt aufgefordert. Das milieuspezifische „migrantische“ Wissen konnte aber nicht an die Öffentlichkeit dringen, die gegen den Protest und die Forderungen resistent blieb. Die NSU-Mordserie wurde erst nach der Selbstenttarnung des NSU öffentlich wirksam.

Protestmärsche für die Rechte undokumentierter Migrant*innen oder (abgelehnter) Asylbewerber*innen sind ebenso ein wichtiges Instrument, um Ansprüche hörbar zu formulieren. Im Jahr 2003 startete in den USA der *Immigrant Workers' Freedom Ride*. Insgesamt 900 Migrant*innen aus 22 Herkunftsländern waren drei Wochen lang unterwegs. Unter dem Slogan „Kein Mensch ist illegal“ fuhren sie von der Westküste nach Washington und New York, um durch Kundgebungen auf die Einschränkung der Rechte von Migrant*innen aufmerksam zu machen. Dies fand in Analogie zur antirassistischen US-Bürgerrechtsbewegung Anfang der 1960er Jahre statt. Diese Reise wird als ein Katalysator für die Entstehung einer politischen Bewegung für die Rechte von Migrant*innen in den USA gesehen. Das heißt, die Protestmärsche waren über die Sichtbarkeit hinaus wirkungsvoll und dienten einer gesellschaftlichen Mobilisierung.

Auch die *Mega-Marches* 2006 in den USA, in deren Rahmen Millionen v. a. undokumentierte Migrant*innen auf die Straße gingen, um gegen ihre Entrechtung und Ausbeutung zu protestieren, zielten auf Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit ab. Und auch die jüngsten Proteste von Asylwerber*innen in Österreich und Deutschland in den 2010er Jahren begannen mit Protestmärschen, in Deutschland mit einem 600 Kilometer langen Marsch von Würzburg nach Berlin und in Österreich mit einem Tagesmarsch vom Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen nach Wien.

Beide Proteste erzielten die Schaffung besserer Bedingungen in den Aufnahmezentren und stellten allgemeine Forderungen an das Asylrecht. Sie forderten die Beendigung bestehender Abschiebepraktiken sowie die Abschaffung der Residenzpflicht in Deutschland. Die wissenschaftliche Literatur zeigt, wie Märsche von undokumentierten Migrant*innen als Formen des kollektiven Handelns ihre

Präsenz im öffentlichen Raum politisieren. Einerseits präsentieren sie ihre Forderungen in der Öffentlichkeit – für undokumentierte Migrant*innen ist diese Stimme besonders wichtig, weil die Gesellschaft im Normalfall negativ (kriminalisierend) über sie spricht und sie nicht über Ressourcen verfügen, um als (politische) Akteur*innen mit Forderungen anerkannt zu werden. Andererseits entwickeln die Märsche Gefühle der Ermächtigung und Solidarität. So funktionieren Märsche als „Akte der Emanzipation“.

Ein weiteres Beispiel für den politischen Aktivismus von Migrant*innen ist die Besetzung eines öffentlichen bzw. symbolisch aufgeladenen Gebäudes. Durch eine Besetzung werden politische Konflikte inszeniert, um das Anliegen in die breite Öffentlichkeit zu tragen und mit politisch Verantwortlichen zu verhandeln. Dadurch wird die Position von Migrant*innen als politische Subjekte gestärkt. Schon seit Mitte der 1970er Jahre nutzte die Protestbewegung der *Sans Papiers* (Migrant*innen ohne geregelten Aufenthaltsstatus) in Frankreich Kirchenbesetzungen und politische Streiks, um sich gegen die Entrechtlichung und Kriminalisierung zu wehren, ihre Legalisierung zu fordern und somit aus dem Schatten der Illegalität zu treten.

Auch im deutschsprachigen Raum gibt es Beispiele für Hausbesetzungen als Form des politischen Aktivismus. In Berlin besetzten Demonstrant*innen



Foto: Mani Froh

ein verlassenes Schulgebäude. In Wien suchten Geflüchtete Zuflucht in einer Kirche. Der Zeitpunkt kurz vor Weihnachten fiel mit dem symbolischen Charakter dieses Ortes zusammen. Die Protestierenden nahmen Bezug auf das moralische Prinzip des Kirchenasyls und fanden damit Anschluss an einen kulturell und symbolisch wichtigen Bedeutungszusammenhang der Mehrheitsgesellschaft.

Diese Aktion führte zu mehr Aufmerksamkeit in den Medien, zu einem breiteren öffentlichen Bewusstsein für die Situation der Geflüchteten und zu ihrer Unterstützung. Gleichzeitig setzte sich die katholische Kirche für das Anliegen und die Forderungen der Geflüchteten ein. Sowohl in Wien als auch in Berlin entschieden sich die Protestierenden für die Besetzung, um der schwächelnden Protestkonjunktur mit einer neuen Dynamik entgegenzutreten. In Wien waren der Kirchenbesetzung der zunehmende polizeiliche Druck im Protestcamp, Wetterverschlechterung, der unsichere rechtliche Status des Camps und seiner Bewohner*innen sowie physische Erschöpfung der Flüchtlinge und ihrer Unterstützer*innen vorangegangen. Auch in Berlin wurde die Schule besetzt, um im Winter einen dringend benötigten „sicheren Raum“ zu schaffen.

Eine weitere Protestform, die sich Migrant*innen angeeignet haben, sind die Protestcamps. Inspiriert von der Occupy-Bewegung, die sich im Zuge der Finanzkrise 2008 zunächst im nordamerikanischen Raum gegen die Macht der Banken stellte, entstanden in öffentlichen Parks in den Stadtzentren migrantische Protestcamps.

Die Lokalitäten der Camps waren von einer guten Infrastruktur sowie guter Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel geprägt. Diesen Anspruch auf die Zentralität kann man sich am besten im Kontext der räumlichen Aspekte der Asylpolitik vorstellen, die in der Literatur unter dem Begriff der „organisierten Desintegration“ diskutiert werden. Die Asylpolitik sieht bis zu einer endgültigen Entscheidung eine räumliche Isolation und damit eine „Nicht-Integration“ vor. Daher können

Protestcamps als eine räumliche Bewegung verstanden werden: von isolierten Orten in staatlichen Asyleinrichtungen ins Zentrum der Stadt und damit ins Zentrum der Gesellschaft.

Zudem schaffen Protestcamps einen politischen Raum, in dem Migrant*innen und Unterstützer*innen Zugang zu Infrastrukturen erhalten, die für eine breite Diskussion über Aktionen und Formen der Beteiligung notwendig sind. Durch Arbeitsgruppen, Plenas und diverse Aktionen gelang es den Akteur*innen des Protestcamps im Wiener Votivpark etwa, das Grenzregime, die grenzüberschreitende Mobilität und deren Kontrolle sowie Ein- und Ausschlüsse zum Thema zu machen. Die Protestorte wurden somit zu einer Werkstatt für ein gemeinsames Leben von marginalisierten Akteur*innen.

Rancièr kritisiert, dass Demokratie heute auf das Management lokaler Konsequenzen globaler Politik reduziert wird. Die Politik tritt damit ihre Gestaltungskompetenz an Expert*innen ab und Konsens wird zum höchsten demokratischen Wert erklärt. Der Konsens reduziert das Politische auf technisches Verwaltungshandeln („Polizei“) und wirkt entpolitisiert. Die behauptete Alternativlosigkeit führe zur Auslöschung der Demokratie. Rancièr stellt fest, dass gerade in Einwanderungsdebatten der Konsens nicht „untereinander“, sondern „gegen den Anderen“ hergestellt werde. Für eine funktionierende Demokratie sind der Streit und die Diskussion über Gesellschaftsentwürfe eine Voraussetzung. Die räumlichen Strategien des politischen Aktivismus von Migrant*innen sind ein Beispiel dafür. In ihrem Kampf um die Gestaltung des öffentlichen Lebens trägt die Flüchtlingsbewegung zur Demokratisierung bei, indem sie einen neuen Streit durch räumliche Strategien öffnet. Folgt man Rancièrs Definition von Politik, müssen die Logik und die Kräfte des Konsenses bekämpft werden.

Ilker Ataç, Politologe, ist Vertretungsprofessor an der Hochschule RheinMain in Wiesbaden am Fachbereich Sozialwesen. Arbeitsschwerpunkte: Migrationspolitik und Citizenship, soziale Bewegungen und Zivilgesellschaft, Sozialpolitik, globaler Süden.

Demokratieausschluss ist kein Naturgesetz

Lange schien die Entwicklung in Österreich unaufhaltsam in Richtung mehr demokratischer Beteiligung zu gehen. Doch seit einigen Jahren steigt der Anteil der Menschen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, wieder deutlich an. Ein Naturgesetz ist dieser Ausschluss nicht.

„Nur Staatsbürger sollen wählen! Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht!“ So reagieren nicht wenige auf die Frage, wer in Österreich wählen dürfen und sich an der Demokratie beteiligen können soll. Dahinter schwingt die Vorstellung mit, das Wahlrecht sei in einem Nationalstaat so etwas wie ein unabänderliches Naturgesetz, das schon immer für alle StaatsbürgerInnen – und nur für sie – reserviert gewesen ist. Doch ein Blick in die Geschichte Österreichs zeigt etwas ganz anderes.

Zwischen 1848 und 1896 galt in der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn noch: „Nur Reiche dürfen wählen! Wahlrecht ist Wohlhabendenrecht!“ Damals durften nur weniger als zehn Prozent der männlichen Bevölkerung auf dem Gebiet, welches das heutige Österreich mitumfasst, wählen. Frauen hatten zu dieser Zeit überhaupt nur dann eine Stimme, wenn sie alleinige Großgrundbesitzerinnen waren (was nur äußerst selten der Fall war). Und auch dann durften sie ihre Stimme nicht selbst abgeben, sondern sie wurde in Vertretung für sie abgegeben.

1896 änderte sich das „naturgesetzliche Motto“. Bis 1907 lautete es: „Wählen ist

Männerrecht! Aber nicht jede Stimme ist gleich viel wert!“ Zwar durften ab 1896 alle männlichen Staatsbürger wählen, aber nicht jede Stimme zählte gleich viel. Es gab unterschiedliche „Kurien“, mit unterschiedlich viel Macht.

Im Jahr 1907 endete das Kurienwahlrecht. Von da an war jede männliche Wahlstimme tatsächlich gleich viel wert. Das „naturgesetzliche“ Motto lautete nunmehr: „Nur Männer dürfen wählen! Wählen ist Männerrecht!“

Am 12. November 1918 wurde schließlich nach langer Diskussion und langem Kampf ein Gesetz verabschiedet, mit dem auch die in Österreich lebenden Frauen das allgemeine und gleiche Wahlrecht erlangten. Erst ab diesem Zeitpunkt lautete das „naturgesetzliche“ Motto: „Wer das Wahlalter erreicht hat und StaatsbürgerIn ist, darf wählen! Wahlrecht ist StaatsbürgerInnenrecht!“

In den Jahren 1994 und 2007 erfolgten schließlich die bisher letzten Veränderungen des Wahlrechts und damit auch des gerade gültigen „Naturgesetzes“. EU-BürgerInnen wurde das Wahlrecht auf kommunaler Ebene zugestanden und das Wahlalter wurde auf 16 Jahre gesenkt.

Entgegen dieser Geschichte einer zunehmenden Demokratisierung steigt in den letzten Jahren jedoch wieder der Anteil der in Österreich lebenden Menschen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Bei der Nationalratswahl 2019 durften nur noch 84 von 100 Personen im Wahlalter das Parlament wählen. Das heißt, ein Personenanteil in der Größenordnung der Bundesländer Vorarlberg, Tirol und Burgenland ist von der Wahl ausgeschlossen.

Diese Entwicklung hängt mit drei Faktoren zusammen: Erstens den Migrationsbewegungen in den vergangenen Jahrzehnten, zweitens der strikten Koppelung des Wahlrechts an die Staatsbürgerschaft und drittens den extrem hohen rechtlichen und finanziellen Hürden zur Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft.

Wer etwa ein zu niedriges Einkommen hat oder eine zu niedrige Pension bezieht, bleibt in Österreich von der Einbürgerung und damit auch von demokratischen Rechten ausgeschlossen – oftmals ein Leben lang. Österreich zählt diesbezüglich zu den Ländern mit der restriktivsten Gesetzgebung in Europa. Im Durchschnitt wird pro Jahr von 150 in Österreich

lebenden Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft nur eine einzige eingebürgert.

Über die Hintertüre der extrem strengen Einbürgerungsbestimmungen hat sich somit wieder das eingeschlichen, was eigentlich überwunden geglaubt war: der Ausschluss von Menschen vom Wahlrecht, die kein oder nur ein geringes Einkommen haben, das so genannte „Zensuswahlrecht“.

Dieser Ausschluss von der Demokratie aufgrund des Einkommens ist, wie die Geschichte zeigt, kein Naturgesetz. Ebenso wenig ist es ein Naturgesetz, dass ausschließlich Personen mit österreichischem Pass wählen dürfen. In Neuseeland dürfen auch Personen ohne neuseeländischen Pass nach einem Jahr durchgehenden Aufenthalts auf allen Ebenen wählen.

Demokratie lebt von Beteiligung, nicht von Ausschluss. Öffnen wir die Demokratie für die Menschen, die hier leben, und öffnen wir die Menschen, die hier leben, für die Demokratie.

Alexander Pollak ist Mitgeschäftsführer und Sprecher der Menschenrechtsorganisation SOS Mitmensch, die anlässlich der Nationalratswahl 2019 zum vierten Mal eine „Pass Egal Wahl“ abgehalten hat.

Foto: Sue Genger



Die Repräsentation von Menschen mit Behinderungen



Österreichs Demokratie hat ein „besonderes“ Kopfkino parat: „Behindertensprecher im Parlament“. Wer soll die Anliegen von Menschen mit Behinderungen im Nationalrat vertreten? Klar: Es ist in einer repräsentativen (sic!) Demokratie wichtig, dass die Vielfalt der Bevölkerung sich gerade im zentralen Entscheidungsgremium widerspiegelt. Menschen mit Behinderungen sind – so der Anspruch – selbstverständlicher Teil der Gesellschaft und damit des Parlaments.

In der Praxis ist die Nominierung der Kandidat*innen für die Funktion „Behindertensprecher*in“ immer wieder eine traurige Erinnerung daran, dass die Vertretung und vor allem die Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen als Expert*innen in eigener Sache alles andere als selbstverständlich ist. Pünktlich zu jeder Nationalratswahl wird abgefragt, ob es eine Person mit einer Beeinträchtigung auf die Liste der wahrscheinlichen Nationalratsabgeordneten geschafft hat. Und wenn dem so ist, dann ist klar, dass diese – eine – Person mit Behinderung „Behindertensprecher“ ist und also die Anliegen von Menschen mit Behinderungen repräsentieren wird.

Das ist, gelinde gesagt, verquer. Es macht schmerzhaft deutlich, was im Selbstverständnis von „repräsentativer Demokratie“ alles fehlt. Es macht überdeutlich, welches Bild von Menschen mit Behinderungen vorherrscht. Das kann man exemplarisch an zwei Aspekten dingfest machen: Wenn eine Partei eine Person, die keine offensichtliche Beeinträchtigung hat, als Behindertensprecher*in nominiert, entbrennt mancherorts eine lebhaft debattierte Diskussion über die Qualifikation dieser Person. Das ist nachvollziehbar, denn die Fürsprache für Menschen mit Behinderungen, die Unkultur, in der andere besser zu wissen meinen, was Menschen mit Behinderungen brauchen, welche „Bedürfnisse“ sie

haben, ist das Gegenteil von Repräsentation, genauer gesagt: Selbstrepräsentation. Der andere Aspekt, der deutlich macht, wie viel Wegstück die österreichische Gesellschaft auf dem Weg zu einer tatsächlichen repräsentativen – und inklusiven – Demokratie zurückzulegen hat, ist der Automatismus, mit dem diese eine Person mit Beeinträchtigungen zur Behindertensprecherin wird. Stellen wir uns eine Finanzsprecherin vor, die exzellent qualifiziert ist und die – unter ferner liefen – auch einen Unterstützungsbedarf hat, weil sie eine Beeinträchtigung hat.

Derzeit steht jedoch regelmäßig die Frage des Grades der Beeinträchtigung im Blickpunkt und wird –

oberflächlich betrachtet – mit der Frage der fachlichen Qualifikation gleichgesetzt. Das ist demokratiepolitisch in einem gewissen Sinne konsequent: Es spiegelt jenes Verständnis von Menschen mit Behinderungen wider, das in Österreich sehr etabliert und damit „repräsentativ“ ist. Menschen mit Behinderungen als bemitleidenswerte Personen, deren Beeinträchtigungen medizinisch nachweisbar sind und idealer Weise auch offensichtlich sein sollen. Das zentrale Moment ist die Reduktion – auf die Beeinträchtigung. Aber in Konsequenz eben auch eine drastische Reduktion des repräsentativen Aspekts der Demokratie.

Gründe dafür gibt es viele. Ein zentrales Moment ist das Bildungssystem: Wer nie die Chance erhält, selbstverständlich den (Schul-)Alltag gemeinsam zu bewältigen, der tut sich schwer, dieses Selbstverständnis und insbesondere eine gewisse Leichtigkeit im Umgang mit Menschen mit Behinderungen zu entwickeln. Damit werden Mythen und Stereotype weitergetragen und perpetuiert, die mit realen Personen und Persönlichkeiten nichts zu tun haben. Statt einer exzellenten Finanzexpertin, die „halt“ eine Beeinträchtigung hat, steht die Frage im Raum, ob die Person „überhaupt“ was weiß oder versteht. Die vermeintliche Minderung der Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen ist signifikant weiter verbreitet als die Möglichkeiten an Unterstützung oder gar das Bewusstsein für die Vielfalt an Talenten und Begabungen von Menschen, die natürlich auch für Personen mit Behinderungen gilt.

In dieser „Logik“, die ja auf völlig falschen Tatsachen aufbaut, ist es dann eine schlüssige Konsequenz, die Repräsentation von Menschen mit Behinderungen durch wohlmeinende Fürsprecher*innen bestens vertreten zu sehen. Das ist nämlich die gesellschaftspolitische Usance in Österreich: Es wird für Menschen mit Behinderungen gesprochen, weil es dafür Expert*innen gibt, die wissen was sie brauchen.

In leichtem Widerspruch zu dieser „Logik“ steht die Tatsache, dass Menschen mit Behinderungen an Wahlen teilnehmen dürfen. Das ist so selbstverständlich nicht. Das passive Wahlrecht – also die Möglichkeit, die Wahl mitzubestimmen – wird Menschen mit Behinderungen, insbesondere Personen mit kognitiven, intellektuellen oder auch psychischen und psychosozialen Beeinträchtigungen, in vielen, auch etablierteren, Demokratien verwehrt.

Die Gleichstellung auf dem Papier ist großartig; die gelebte Praxis ist jedoch von vielen Fragezeichen begleitet. Die Annahme, dass Menschen mit Behinderungen komplexere Vorgänge – also zum Beispiel Politik und Wahlen – nicht verstehen können, schafft Raum für den überbordenden Paternalismus, in dem andere wissen, was für Menschen mit Behinderungen gut ist. Es gibt daher zahllose Anekdoten über kollektiv ausgefüllte Wahlzettel, über verschwundene Wahlinformationen und starke Bemühungen, Informationen über die Abhaltung von Wahlen, auszublenden bzw. kleinzureden.

Natürlich kann man Demokratie als komplex bezeichnen und wenn man die Sache ernst nimmt, ist eine Wahlentscheidung das Ergebnis von intensiven Auseinandersetzungen und vielschichtigen Abwägungen. Nur, wie viele Wahlberechtigte gehen tatsächlich nach intensiver Befassung mit diversen Parteiprogrammen und Wahlkampfaussagen in die Kabine, um ihre Stimme abzugeben? Eben. Für die meisten Wählerinnen und Wähler ist es eine „Bauchentscheidung“, eine Entscheidungsmethode, die auch Menschen mit Behinderungen zusteht.

Beachtlich ist aber auch: Komplexität bedeutet nicht automatisch die Unmöglichkeit, sich eine Meinung zu bilden. Zum einen sind Menschen mit Behinderungen nicht per se in einer schlechteren Position, Komplexität zu verstehen. Zum anderen gibt es eine große Methodenvielfalt in der Aufbereitung

von Informationen, gerade auch komplexer Art. Die Möglichkeiten „unterstützter Kommunikation“ (als Fachbegriff für eine Vielzahl an Unterstützungsmöglichkeiten insbesondere für Menschen, die mehrheitlich non-verbal kommunizieren) und Leichter Sprache (als Fachbegriff für die Verwendung von leicht verständlicher Sprache) sind vielversprechend.

Eine „verständliche Demokratie“ ist denn auch eine der Grundlagen der repräsentativen Demokratie, die Möglichkeit, dass jede/r sich ein Bild machen und eine Meinung entwickeln kann, die der Stimmabgabe vorangeht. Informationen verstehen können ist Teil von Barrierefreiheit: Kommunikation, die sicherstellt, dass alle informiert sind und sich informieren und mitreden können. Das Potential, das kommunikative Barrierefreiheit für eine verständliche, nachvollziehbare und alle einbeziehende Demokratie hat, macht deutlich, wie viele Möglichkeiten im jetzigen System ungenutzt bleiben. Würden wir Inklusion und Barrierefreiheit tatsächlich umsetzen, würden alle, gerade auch jene Menschen, die keine Beeinträchtigung haben, profitieren. Würde die Integration von Menschen mit Behinderungen unverkrampft möglich werden, würde ich endlich eine exzellente Finanzsprecherin erleben und wir alle dem Ideal einer repräsentativen Demokratie entschieden näherkommen.

Literaturempfehlungen:

Candussi, Klaus/Fröhlich, Walpurga (Hg.) (2015): Leicht Lesen. Böhlau Verlag.

Naue, Ursula/Wegscheider, Angela (2015): Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen in Österreich. In: Juridikum 1/2015, S. 84–94.

Frith, Alex/Hore, Rosie/Stowell, Louie (2019): Weltpolitik – einfach verstehen! Usborne Verlag.

Wilken, Etta (Hg.) (2018): Unterstützte Kommunikation. Eine Einführung in Theorie und Praxis. Kohlhammer Verlag.

Marianne Schulze ist freischaffende Menschenrechtskonsultantin in Wien.



Es ist #WiederDonnerstag Politik auf derdiedas Straße!

Am Anfang standen Wunsch und Wille, „was zu tun“, um ein starkes, klares, kollektives Zeichen zu setzen gegen die türkis-blaue Politik und alles, was sie schon im ersten Jahr mit Land und Leuten angerichtet hat.



Foto: Louai Abdul Fattah

Am Anfang stand natürlich auch die Erinnerung an die Donnerstagsdemos von damals. Und das Gefühl, dass Demos irgendwie ein bisschen „mäh“ sind und eigentlich niemand mehr so wirklich Lust darauf hat. Vor allem stand am Anfang aber die Idee, uns selber in die Pflicht zu nehmen, indem wir einfach mal „Es ist wieder Donnerstag“ ankündigen und dann let's see.

Wie aus diesen ersten Überlegungen dann wöchentliche Demos zustande kamen, bleibt eher ein Mysterium, war und ist aber vor allem dem Ziel geschuldet, Politik auf die Straße zu bringen bzw. dort zu machen.

Je deprimierender, je rassistischer, je sexistischer die Politik einer Regierung, eines Parlaments oder einer anderen etablierten Institution ist, je mehr Armut und Elend sie produziert, desto wichtiger werden Aktivitäten im öffentlichen Raum.

Desto mehr wird das Schaffen eines sozialen Raumes, in dem jede Woche Menschen zusammenkommen, sich solidarisieren und füreinander da sein können, zum Akt des Widerstands. Desto brennender ist das Verlangen, deutlich zu machen, dass es viele gibt, die mitreden wollen und sollen, vor allem unter denjenigen, die von den institutionellen Wegen ausgeschlossen werden, deren Erfahrungen, Kämpfe, Visionen und Realitäten marginalisiert, ungehört, ungesehen bleiben, banalisiert und lächerlich gemacht werden.

Denn wenn Politik erstarrt und nur mehr von wenigen für wenige gemacht wird, dann sollte die Möglichkeit genutzt werden, sich dem entgegenzusetzen, sie wieder zu beleben und zu verdeutlichen: Die Politik, das sind wir. Der öffentliche Raum, er gehört uns.

Als Erstes hol(t)en wir uns die Straße zurück von den Autofahrer*innen-Lobbys und jenen Wirtschaftstreibenden, die Profitwachstum und Leistungsdenken antreibt und die keine Skrupel haben, dafür Menschen- und Freiheitsrechte einzuschränken, die bei Sicherheit allein an ihre eigene Sicherheit denken, an Überwachung und Kontrolle, an Ausschluss, Abschiebung, Verdrängung.

Wir sind jetzt zusammen!

Und nicht an jene Art von Sicherheit, die durch Zugehörigkeit entsteht, durch ein Füreinanderdasein und dadurch, aufeinander zu schauen und miteinander ein gutes Leben gestalten.

Auch gegen die Vereinzelung, die derartige Systeme mit sich bringen. Gegen die Isolierung und Brutalisierung, die gesellschaftlich und individuell immer stärker spürbar wird.

Zusammen, ohne unsere Verschiedenheiten zu verwischen, ohne Differenzen aus dem Weg zu gehen, sondern vielmehr diese sichtbar und besprechbar zu machen. Nicht nur im kleinen Kreis, sondern vor und mit Tausenden. Politik auf der Straße. Denn das ist demokratischer Austausch. Wir widersetzen uns damit seiner Erstarrung und einer Politik, die nur von wenigen Gruppen gemacht wird, während anderen der Zugang verwehrt bleibt. Mit Protest. Aber auch mit Alternativen.

Immer Donnerstag

Und weil schnell klar war: Es gibt von all dem jede Menge. An vielen Ecken, in zahllosen Initiativen, Organisationen, Gruppen, bei vielen Personen gibt es genug Inhalte und Ideen für jeden Donnerstag, für viele Donnerstage, für viele Stimmen, Woche für Woche

für viele Anliegen, für viele Kämpfe, für viele Visionen wurde gesungen, gesprochen, geschrien, geschwiegen, getanzt, gelacht, geweint, umarmt, gedrückt, verteilt, ins Gespräch gebracht.

Da geht aber noch viel mehr und noch mit vielen mehr. Es gibt noch viel zu tun mit den Tausenden, die seit Oktober 2019 fix zam sind, und mit jenen, die bislang am Straßenrand standen, in ihren Wohnungen blieben, uns im Internet beobachteten oder noch gar nicht mit uns in Kontakt kamen. Es gibt noch vieles zu erzählen, zu vermitteln und miteinander zu entwickeln. Und das braucht es, damit das gute Leben für alle kein leeres Versprechen, kein vager Traum, sondern alltägliche Realität für uns alle zusammen und in aller Verschiedenheit wird.

Dafür gilt es noch viele Straßen, viele Gassen, viele Plätze zu begehen, zu besetzen, zu bequatschen, zu betanzen und uns anzueignen. Politik auf derdiedas Straße zu bringen und sie dort zu halten.

Jeder Tag ist Donnerstag! So lange bis alles anders ist!



*Unter dem Motto „Es ist wieder Donnerstag“ gingen seit 4. Oktober 2018 Tausende Woche für Woche auf die Straße, um ihren Widerstand und Alternativen zur türkis-blauen Politik deutlich zu machen. To be continued.

* Informationen über die 36 Donnerstagsdemos in Wort und Bild: www.wiederdonnerstag.at mit Links zu Social-Media-Seiten, dolcast und vielem mehr!

* Den ganzen März 2019 lang war Donnerstag FLINT-bestimmt. Alle Entscheidungen und 100% der Präsenz auf der Bühne lagen bei Frauen, Lesben, Inter- und Trans Personen. In der Zeit entstand der Flyer 100% (rechts).

Laura Şahan, Maira Enesi und Michaela Moser sind Teil des Kernteams von Donnerstag.



do!



Foto: Alexander Götter

Foto: Louai Abdul Fattah

Foto: Jakob Alexander

Foto: Christopher Glanzl

Foto: Florian Trendelenburg

Foto: Jakob Alexander

Foto: Sue Gerger

Foto: Maria Von Uselar

Feminismus

Die Vision echter Gleichwertigkeit

„Ich denke, es ist Zeit, daran zu erinnern:
Die Vision des Feminismus ist nicht eine ‚weibliche Zukunft‘.
Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge,
ohne Macht- und Gewaltverhältnisse,
ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn.“
Johanna Dohnal

Oft genug müssen sich Feminist*innen in Österreich Sätze anhören wie: „Was wollt ihr* denn noch, ihr* habt doch schon alles erreicht.“ Oder: „Frauen* wollen eben nicht das Gleiche wie Männer*, wollt ihr* sie zwingen?“ Oder aber: „Lasst doch Frauen* Frauen* sein und Männer* Männer*.“

Diese Sätze begegneten immer wieder auch den Aktionist*innen, die für das Frauen*Volksbegehren in ganz Österreich unterwegs waren. Sie haben jedes Mal das Gespräch gesucht. Genauso wie viele Feminist*innen vor ihnen haben sie* erklärt, dass es nicht darum geht, irgendjemanden zu etwas zu zwingen. Dass es um Selbstbestimmung geht. Sie haben Fragen gestellt nach Müttern*, Töchtern*, Partnerinnen* und Freund*innen des Gegenübers. Schnell wurden dann doch Beispiele gefunden, wo Frauen*

sich unter anderen Bedingungen vielleicht anders entscheiden oder anders verhalten würden. Genau darum geht es. Um Selbstbestimmung und Chancengleichheit. Um Mitsprache und Sichtbarkeit.

Die Gleichwertigkeit aller Menschen ist nicht Realität und damit die angepriesene Gleichberechtigung nur eine Farce. Wir kämpfen für eine Welt, wie sie im vorangestellten Zitat von Johanna Dohnal beschrieben ist, und sagen: „Es ist Zeit. Wir erheben unsere Stimmen.“

Für unsere Großmütter* und Mütter*. Für uns. Für unsere Kinder und unsere Enkelkinder. Für alle, die nach uns kommen.“^[1]

Wir verstehen uns als eine Bewegung im Zeichen des intersektionalen Feminismus.^[2] Wir kämpfen für die Rechte aller marginalisierten Gruppen. Für ihre Sichtbarkeit und Mitsprache.

Frauen* sind mit einem Anteil von rund 52 Prozent an der Weltbevölkerung die größte marginalisierte Gruppe, die aufgrund des Geschlechtsmerkmals Frau* Diskriminierung erfährt. Weltweit. In einer gerade erschienenen Studie der Organisation Equal Measures 2030^[3] zeigt sich, dass die

Geschlechtergerechtigkeit in keinem einzigen Land der Welt vollkommen ist. In zwei Drittel aller Länder ist sie schwach bis sehr schwach. Auch wenn Österreich zu den Ländern gehört, denen eine gute Geschlechtergerechtigkeit attestiert wird, so verdienen Frauen* auch hierzulande immer noch weniger als Männer*, bekommen nur etwa halb so viel Pension wie Männer* und werden deutlich öfter Opfer von Gewalt, sexuellen Übergriffen und Mobbing. Wir sind also de facto noch weit entfernt von echter Gleichwertigkeit. Auch und gerade in der Politik.

Sichtbarkeit und Mitsprache in der Politik

Der Frauen*anteil im österreichischen Parlament beträgt zurzeit 37 Prozent und ist damit der höchste seit der Einführung des Frauen*wahlrechts Ende 1918. Bei den Wahlen am 29. September 2019 könnte erstmals die 40-Prozent-Marke geknackt werden. Es geht also bergauf. Wenn wir uns aber ansehen, wie viele Abgeordnete* eine Migrationsbiografie oder eine Behinderung haben, wie viele von ihnen* der POC- oder der LGBTIQ-Community zuzurechnen sind oder wie viele aus einkommens- und bildungsschwachen Haushalten kommen, erkennen wir schnell, dass die Abgeordneten doch eine homogene Gruppe bilden. In dem 2017 gewählten Nationalrat hatten nur sechs der 183 Abgeordneten einen Migrationshintergrund.^[4] Nur ein Einziger war schwul (bzw. hatte sich geoutet).^[5] Hundert Jahre nach Einführung des Frauen*wahlrechts scheint trotzdem – zumindest für die Frauen* – eine neue Zeit angebrochen zu sein. Mit Pamela

Rendi-Wagner bekommt die Sozialdemokratie im Herbst 2018 das erste Mal in ihrer 130-jährigen Geschichte eine weibliche Parteispitze. Gemeinsam mit der neuen NEOS-Chefin* Beate Meinl-Reisinger und Maria Stern, der Parteichefin* von JETZT – Liste Pilz, haben immerhin drei von sieben wahlwerbenden Parteien eine weibliche Führung. Das hat es noch nie gegeben. Mit Brigitte Bierlein hat Österreich das erste Mal eine Bundeskanzlerin*. Ohne Zweifel nimmt die Sichtbarkeit von Frauen* zu, aber sie ist noch längst nicht so hoch, wie sie sein sollte.

Auch wenn der Frauen*anteil einer Partei wächst, heißt das noch lange nicht, dass Frauen* auch dementsprechend sichtbar sind. Im Mai 2019 erschien die von der Arbeiterkammer Wien, RHI Magnesita und der Industriellenvereinigung unterstützte Studie „Frauen – Politik – Medien 2018“ von Maria Pernegger, Geschäftsführerin* der Agentur Media Affairs. Hier zeigt sich, dass Frauen* trotz ihres steigenden Anteils in der Politik in den Medien unterrepräsentiert sind.

2018 betrug der Frauen*anteil der ÖVP-Abgeordneten 36 Prozent, ihre* Sichtbarkeit blieb aber bei nur 17 Prozent, also gerade einmal halb so viel. Das zieht sich durch alle Parteien. Die NEOS haben mit 50 Prozent den höchsten Frauen*anteil, ihre Sichtbarkeit in den Medien liegt dennoch nur bei 38 Prozent. Bei der SPÖ mit 48 Prozent Frauen*anteil im Nationalrat sind lediglich 33 Prozent in den Medien sichtbar. So verhält es sich auch bei der Mitbestimmung von Frauen* in den Parteien.

^[1] https://data.em2030.org/wp-content/uploads/2019/07/EM2030_2019_Global_Report_English_WEB.pdf (Stand: 13.9.2019)

^[4] Nurten Yilmaz und Selma Yildirim, beide geboren in der Türkei, und Muna Duzdar, geboren in Österreich als Tochter palästinensischer Eltern (SPÖ); Efgani Dönmez, geboren in der Türkei (erst ÖVP, später freier Abgeordneter); Alma Zadic, geboren im heutigen Bosnien und Herzegowina (JETZT – Liste Pilz, kandidiert aktuell für die Grünen), und Stephanie Cox, geboren in Australien (JETZT – Liste Pilz).

^[5] Mario Lindner, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft SoHo der SPÖ.

^[6] Halina Bendkowski entwickelte den Begriff Geschlechterdemokratie Anfang der 1990er Jahre, als sie im Auftrag der österreichischen Frauenministerin Johanna Dohnal in den USA zu innovativen Projekten gegen häusliche Gewalt recherchierte. Erstmals als Titel erschien der Begriff 1993 in einer Publikation der österreichischen Bundesministerin für Frauenangelegenheiten: „Test the West: Geschlechterdemokratie und Gewalt“ <http://www.linksnet.de/artikel/18582> (Stand 13.9.2019).

^[7] Gender Mainstreaming bezeichnet die Verfolgung einer bestimmten Strategie zur tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter. Der Begriff wurde erstmals 1985 auf der 3. UN-Weltfrauenkonferenz in Nairobi diskutiert.

^[8] Halina Bendkowski in der TAZ: <https://taz.de/11643780> (Stand: 13.9.2019).

Geschlechterdemokratie

Geschlechterdemokratie ist ein sehr junger Begriff. Er wurde von der aus Polen stammenden deutschen Soziologin* Halina Bendkowski geprägt.^[6] Bendkowski entwickelte den Begriff „Gender Mainstreaming“^[7] weiter zu einem Konzept, das die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vorsieht.

Bei der Geschlechterdemokratie handelt es sich also um eine Kritik an den vorherrschenden Demokratien, die zu einer ungleichen Sichtbarkeit und Mitsprache der Bevölkerungsgruppen führen. Halina Bendkowski bringt es treffend auf den Punkt, wenn sie* sagt: „Was ist die Geschlechterfrage? [...] Die Antwort ist die gesellschaftliche Realität, die – ökonomisch gesehen – weltweit und auch bei uns aus Frauen Zweidrittelmenschen macht.“^[8] Doch die Geschlechterdemokratie von Bendkowski ist mehr als Kritik und Analyse, sie ist gleichzeitig eine Vision, wie alle gleichberechtigt an Wirtschaft, Politik und Gesellschaft teilhaben können. Und genau dieser Vision verschreibt sich das Frauen*Volksbegehren und zeigt auf, dass nicht alle Menschen die gleichen ökonomischen und sozialen Möglichkeiten besitzen.

So werden Gesetze von Männern* gemacht. Gerade in der letzten Legislaturperiode wurden mit den Kürzungen bei Frauen*vereinen, der Abschaffung der Mindestsicherung, der Einführung des Zwölfstundentages, um nur einige zu nennen, eine Reihe von Gesetzesänderungen beschlossen, die Frauen* und andere marginalisierte Gruppen besonders hart treffen. Hier zeigt sich, wie wichtig es ist, weiterhin als Zivilbevölkerung an die Regierenden heranzutreten. Wir brauchen verpflichtende Quoten, die Mitsprache und Sichtbarkeit regeln. Deswegen werden wir als Frauen*Volksbegehren auch weiterhin unsere Stimmen erheben. Heute für morgen. Einfach und klar. Für echte Gleichwertigkeit.

Lena Jäger, geboren in Norddeutschland, seit 16 Jahren Wahlwienlerin, ist Mitinitiatorin und Projektleiterin des Frauen*Volksbegehrens.

„Demokratie ist die erträglichere Form der staatlichen Herrschaft“



Fotos: Sabine Schwaighofer

Der Kampf um Demokratie, um Minderheiten- und Menschenrechte lässt sich geografisch schwer eingrenzen, insbesondere nicht für Aktivistinnen und Aktivisten mit Migrationsbiografien. Cornelia Kogoj sprach mit Zoraida Nieto, Maynat Kurbanova und Hakan Gürses über das Spannungsverhältnis zwischen ihrem transnationalen politischen Engagement und ihrem Demokratieverständnis, über den migrationsbedingten Perspektivenwechsel von Mehrheit zur Minderheit und über die politische Verantwortung für das Herkunftsland.

[Hakan, du bist als Student nach dem Militärputsch in der Türkei im Jahr 1980 nach Wien gekommen. Seit du in Österreich bist, setzt du dich hier für Minderheitenrechte ein. Gab es ein auslösendes Moment, dass du dich nun wieder verstärkt für Menschenrechte in der Türkei engagierst und welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang „dein“ Demokratiebegriff?](#)

Hakan Gürses: Wir haben damals unsere Anstrengungen in der Türkei –

ich war ein 16-jähriger Schüler – nicht in erster Linie als Kampf für Demokratie und Menschenrechte verstanden. Wir verstanden uns als Revolutionäre, die für eine bessere Gesellschaft kämpfen. Natürlich waren Menschenrechte und Demokratie Teil des Ganzen. Denn wir haben auch bald gemerkt, dass jeder Schritt, der in Richtung Demokratisierung geht, in unserem Sinne war.

Aufgrund meiner politischen Arbeit bin ich während meiner Schulzeit mehrmals festgenommen worden.

Nach dem Putsch habe ich mich entschlossen, die Türkei zu verlassen.

Retrospektiv betrachtet, war das Ganze natürlich ein Kampf für die Menschenrechte, vor allem für die Grundrechte wie Meinungsfreiheit etc. Das heißt, einen Bruch in meinem politischen Engagement gibt es nicht wirklich. Denn ich habe mich immer dafür interessiert, was in der Türkei passiert. Vielleicht etwas weniger in den 1990er Jahren. Da war die Lage dermaßen schlimm. Kurden haben

sich auf der Straße für ihre Rechte verbrannt. Und die meisten Türken – auch in meinen linken Kreisen – haben gemeint, diese Aktionen seien nationalistisch motiviert. Das ging mir sehr nahe. Und ich habe dann irgendwann mal eingesehen, dass ich mit den meisten meiner ehemaligen Genossen und Genossinnen nicht darüber diskutieren kann. Deshalb hatte ich in dieser Zeit wenig Zugang zur Türkei. In den 2000er Jahren wurde mein Interesse wieder größer.

Ja, und dann kam die Gezi-Bewegung und wir hatten wieder Hoffnung. Denn auch manche Leute, die heute in der Regierung sind, haben beim 1980er Putsch ein paar „Ohrfeigen“ bekommen und daher später begonnen, demokratische Maßnahmen einzuleiten und die große Kraft des Militärs ein wenig abzuschwächen. In jedem Land gibt es dualistische Positionen. Und wir, diejenigen, die für Demokratie und Menschenrechte und gegen Nationalismus kämpfen, geraten als dritte Kraft unter die Räder. Das ist meistens so. In der Türkei kämpfen die Islamisten gegen die Atatürk-Anhänger, und wir werden zerrieben.

Ich bin dann relativ früh von der marxistisch geprägten „Weltanschauung“ abgekommen. Ich bezeichne mich aber immer noch als links. Demokratie und Menschenrechte sind sehr wichtige Themen für mich, obwohl ich die Demokratie eher als die erträglichere Form der staatlichen Herrschaft ansehe. Ich würde Demokratie nicht so überhöhen, wie es derzeit passiert, und sie als Ersatz für jegliche Art von Politik sehen. Denn Politik ist viel mehr als Demokratie.

[Maynat, du warst Kriegsberichterstatterin in Tschetschenien und musstest von dort fliehen. Du arbeitest heute u. a. mit im Krieg traumatisierten tschetschenischen Burschen in der Jugendstrafanstalt in Gerasdorf und als freie Journalistin und Autorin. Ist der Begriff Demokratie im Kontext der beiden Kriege in Tschetschenien \(1994 bis 1996 und 1999 bis 2009, Anm.\) nicht sehr abstrakt bzw. geradezu zynisch?](#)

Maynat Kurbanova: Ja, es ist zynisch in dem Sinne, dass der Begriff

Demokratie für Volksgruppen, also für kleinere Gruppen wie unsere, mittlerweile eine andere Bedeutung hat. Wir haben jahrzehntlang in dem Gefängnis Sowjetunion gelebt und als junge Menschen zu Demokratie und Menschenrechten aufgeschaut und diese auch idealisiert. Wir haben gedacht, hinter der Grenze, hinter den Mauern ist eine heile Welt, in der alle gleich sind. Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der tschetschenischen Unabhängigkeitserklärung und nach den zwei Kriegen – als die Menschen ihre Hoffnung aufgeben mussten, der Westen würde eingreifen –, ab diesem Moment war der Begriff Demokratie für viele Tschetschenen diskreditiert. Ja, mittlerweile klingt er, wie du gesagt hast, sehr zynisch.

Je mehr die freie Menschengemeinschaft Tschetschenien ignoriert hat, desto mehr haben sich die Menschen dem Religiösen zugewandt. Nun herrscht ein gewisser Nihilismus dem Begriff gegenüber. Demokratie ist – wie hast du so schön gesagt, Hakan – die erträgliche Form der Herrschaft. Und wenn man versucht, gerade mit jungen Tschetschenen und Tschetscheninnen darüber zu reden, dann kommen sehr starke Argumente. Nämlich wie sich die Regierungen der europäischen Länder gegenüber Tschetschenien verhalten, gegenüber Putin, gegenüber Syrien usw.

Die Politiker, die hier in Österreich, in Deutschland und in all diesen Ländern frei gewählt, demokratisch herrschend und regierend sind, unterscheiden sich im Grunde – wenn ich ehrlich bin – nur in der Rhetorik von Herrn Putin. Nur Herr Putin hat mehr Glück mit den Wählern, mit dem Volk. Sie unterscheiden sich vom Grad des Zynismus ganz, ganz wenig. Und die Kohle Syrien, die Kohle Tschetschenien, die Kohle Menschenrechte ziehen sie raus, wenn sie etwas verhandeln müssen. Und das sehen die jungen Menschen, die aus Tschetschenien hierhergekommen sind, auch. Deshalb ist es schwierig, ihnen Demokratie schmackhaft zu machen.

[Siehst du es als Teil deiner Arbeit, den Jugendlichen Demokratie schmackhaft zu machen?](#)

Eigentlich denke ich nicht wirklich darüber nach. Es gibt ja im Alltag so viel zu tun. Ich sehe mich daher nicht als jemand, die die den Jugendlichen Demokratie beibringt.

Wenn die Worte „Tschetschenien“, „tschetschenische Männer“, „tschetschenische Frauen“ – gerade hier in Österreich – fallen, ist das mit so vielen negativen Komponenten behaftet. Mit Vorurteilen, Stereotypen und Klischees. Das „schönste“ Kompliment, das mir jemand machen kann, ist, wenn jemand sagt: „Frau Kurbanova, Sie sehen aber nicht wie eine Tschetschenin aus.“ Stell dir vor, was die Frauen zu hören bekommen, die angeblich wie Tschetscheninnen aussehen? Was hören sie dann tagtäglich? Wir haben sowohl in der Community als auch in der Mehrheitsgesellschaft so viele Baustellen, so viel zu tun, dass ich gar nicht daran denke, ich wäre eine Demokratiebotschafterin für die tschetschenische Community.

[Zoraida, du engagierst dich seit Jahren in feministischen und antirassistischen Projekten. Deine Wurzeln sind in Venezuela. Einem Land, in dem seit Jänner ein Machtkampf zwischen Präsident Maduro und dem von der Nationalversammlung eingesetzten Übergangspräsidenten Guaidó herrscht und in dem die Menschen seither zu Tausenden auf die Straße gehen. Welche Möglichkeiten und Schwierigkeiten siehst du für dich in diesem Spannungsfeld zwischen deiner politischen Arbeit hier und in Venezuela?](#)

Zoraida Nieto: Ich habe als Kultur- und Sozialanthropologin seit 1997 mehrere Feldforschungen in Venezuela gemacht, die sich vor allem mit Frauen und Mädchen, mit politischer Bildung, Gesundheit, Erziehung etc. beschäftigten. Dabei ging es sehr stark um Frauenrechte, um Artikulationsformen und um präventive Maßnahmen bei Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Ich habe Kontakt mit venezolanischen Organisationen, die sich für diese Frauen einsetzen. Gerade jetzt werde ich aber immer mehr zu den politischen Zuständen in Venezuela befragt. Denn die Situation dort ist so instabil.

Mein Begriff von Demokratie steht für mich in einem hellenistischen Kontext.

Ich stelle den Begriff sehr in Frage, denn ich kann keine Demokratie im Patriarchat legitimieren. Tut mir leid, aber für mich müsste das Patriarchat gestürzt werden. Wir haben genug von der Männerherrschaft.

Frauen spielen in unserer Gesellschaft eine wesentliche Rolle, so wie auch Lesben und andere diskriminierte Gruppen. Der Ausschluss von Frauen macht für mich keinen Sinn. Ich kenne aus meinem Land viele Feministinnen oder Frauen mit feministischem Background, die nie auf einer Universität gewesen sind. Sie haben ebenfalls ein Problem mit dem Patriarchat. Und Rassismus und Sexismus gibt es nicht nur hier in Europa, sondern auch in Lateinamerika. Gerade jetzt ist die Situation unerträglich.

Obwohl es momentan in Venezuela alles gibt, kann man nichts kaufen. Die Inflation ist sehr hoch. Das ist ein Krieg mit einem institutionellen Charakter gegen die venezolanische Bevölkerung. Der Grund ist nicht nur der Präsident. Denn davor unter Hugo Chávez hatten wir eine „Demokratie“, die auch Menschenleben gekostet hat.

Ich bewundere hier in Österreich Frauen wie Johanna Dohnal oder Rosa Jochmann. Starke Frauen, die für die Politik unvergesslich geworden sind. Denn da muss man schon sehr widerständig sein. Aber in Österreich gibt es zumindest Artikulationsformen, die wir nutzen können, auch nach außen hin. Und diese Artikulationsformen weiß ich zu nutzen. Zum Beispiel zur Entwicklung für autonome feministische Projekte in der lateinamerikanischen Community. Ich denke mir, was Frauen und Mädchen anbelangt, gibt es auch hier in Österreich viel zu tun. Denn wir kämpfen nicht nur gegen Missstände in unseren Herkunftsländern, sondern auch hier.

[Stichwort: Kampf gegen Missstände hier und dort. Wie überlappen sich diese politischen Engagements bei euch?](#)

Kurbanova: Wie wir wissen, herrscht in Tschetschenien eine Diktatur. Ein Regime, das die Meinungsfreiheit und die Freiheit des Worts brutalst unterdrückt. Und natürlich stehen die Entwicklungen dort und die Entwicklungen hier in einer Wechselbeziehung.

Wie sich die Situation in Tschetschenien entwickelt, hat Auswirkungen darauf, wie sich die Tschetschenen hier verhalten. Und die Prozesse, die hier passieren, wirken natürlich – wenn auch nicht so stark und sofort – auch auf Tschetschenien. Heute ist es allerdings nicht mehr denkbar, wie noch vor zehn Jahren, dass die Community in der Lage wäre, tausende oder wenigstens hunderte Menschen auf die Straße zu bringen, um auf die Situation in Tschetschenien aufmerksam zu machen. Denn die Menschen leben nach dem Prinzip: „Die Aufgabe ist es, alles zu sagen, aber nicht in der Bastille zu landen“, wie es mein Journalismuslehrer in diesem diktatorischen Kontext formuliert hat. Und die Menschen leben wirklich danach. Sie versuchen, sich zu äußern und zu engagieren, aber so, dass ihre Verwandten in Tschetschenien – die sich quasi in einer Geiselrolle befinden – nicht festgenommen oder ihre Häuser niedergebrannt werden.

Was meine Arbeit hier angeht: Wir waren gerade letzte Woche mit einer Gruppe von tschetschenischen Jugendlichen in Auschwitz. Verbunden war damit auch ganz viel an Vor- und Nacharbeit. Wir haben die Jugendlichen natürlich auch mit ihrer eigenen Geschichte konfrontiert. Und nicht nur damit, was damals passiert ist, sondern auch wie sich Europa derzeit entwickelt. Denn gerade für diese vielfach stigmatisierte Community ist es wichtig, mit all diesen Fragen umzugehen. Denn es ist ja nicht so, dass Stigmatisierte automatisch nicht zu Tätern werden können. Gerade indem wir mit den jungen Menschen darüber sprechen, helfen wir ihnen auch, über ihre eigene Lage nachzudenken. Begriffe wie Demokratie und Menschenrechte, aber auch Toleranz und Integration – ein Wort, das viele ja nicht mehr hören können, weil es so was von missbraucht wird – zu diskutieren. Aber es sind dennoch wichtige Begriffe.

Gürses: Ich glaube, dass die verschiedenen Communities, oder besser gesagt: die verschiedenen nationalstaatlichen Hintergründe, tatsächlich auch unterschiedlich sind. Es sind nicht alle Problemlagen gleich, obwohl es Überschneidungen gibt. So ist der Kampf für

Menschenrechte und Demokratisierung von Gesellschaften ein globaler Kampf – oder zumindest ein internationalistischer. Es gibt Konvergenzen, es gibt Interferenzen, allerdings gibt es auch sehr viele Differenzen.

Die Türkei hat ein sehr großes Minderheitenproblem bzw. die Minderheiten haben in der Türkei ein Problem. Das heißt, die Minderheiten müssen in der Türkei – ähnlich wie wahrscheinlich in Russland auch, oder noch schlimmer, denn es gibt dort keine Teilautonomien – mit sehr starken Repressalien rechnen. Allen voran die Kurdinnen und Kurden. Die meisten, die sich heute in Österreich in Form einer oppositionellen und kritischen Bewegung gegenüber der türkischen Regierung politisch engagieren, sind Kurdinnen und Kurden. Viele Türkinnen und Türken halten sich da sehr gerne zurück. Sie sind der Meinung, das sei nicht ihre Sache. Oder sie sind gegen die KurdInnen. Denn es ist eine Tatsache, dass unter anderem in der antirassistischen Bewegung hier in Österreich auch Leute aus der Türkei aktiv sind, die in meinen Augen durchaus islamistische Positionen vertreten. Die tatsächlich auch die Regierung in der Türkei unterstützen und die hier, wenn es um die eigenen Kämpfe geht, um die eigenen Menschenrechte, an vorderster Front stehen.

Es gibt also solche widersprüchlichen Momente. Damit meine ich, dass zwei unterschiedliche Menschenrechtsbewegungen einander widersprechen können. Darum gab es für mich in diesen vierzig Jahren, in denen ich hier lebe, keine einzige Zeit, in der ich nicht irgendwo tätig war, antirassistisch, antifaschistisch. Ein immer größeres Problem habe ich allerdings mit Teilen der antirassistischen Clique, aus der ich mich auch deswegen immer mehr zurückziehe.

[Eine abschließende Frage noch: Habt ihr das Gefühl, dass ihr so etwas wie eine politische Verantwortung habt, euch auch in euren Herkunftsländern zu engagieren?](#)

Kurbanova: Es ist heutzutage durch das Internet und die neuen Medien sehr schwierig geworden, sich abzukapseln. Auch wenn man

es wollen würde. Natürlich gibt es eine gewisse Verantwortung, auch wenn man keine große Bewegung organisieren kann, die auf die politische Lage in Russland und in Tschetschenien einwirken könnte. Aber man kann kleine Schritte setzen. Wie zum Beispiel junge Frauen in Tschetschenien dabei zu unterstützen, ihre eigenen Ressourcen besser einsetzen zu können. Dass sie, wenn es schon nicht im säkularen Bereich geht, so doch zumindest im Kontext des Islams gestärkt werden. Ja, es gibt wohl die Verantwortung, in kleinen Schritten etwas bewirken zu wollen.

Nieto: Ja, ich übernehme im Rahmen meiner politischen Arbeit Verantwortung für die Verbesserung der Lage der Frauen in Venezuela. Ich bin sehr gut vernetzt. Immer wenn ich nach Venezuela fahre, treffe ich mich mit Vertreterinnen von Frauenorganisationen. Ich habe dort keine geschlossenen Türen. Im Rahmen meiner Forschungstätigkeit konnte ich sowohl mit Menschen von der Opposition als auch mit jenen der politischen Führung kooperieren. Ich glaube, dass man so eine Situation sehr gut beleuchten kann, unabhängig von der Polarisierung, die im Land selbst sehr stark ist.

[Du meinst, dass man von außen eine andere Sicht hat und dadurch auch andere Möglichkeiten?](#)

Nieto: Genau, das können kleine Schritte sein, so wie du, Maynat, sie jetzt beschrieben hast. Denn man ist in einer privilegierten Position. Und so hat man mehr Ressourcen, um für Frauen- und Mädchenrechte und Menschenrechte eintreten zu können.

Gürses: Ich weiß nicht genau, was mich bewegt hat all die Jahre. Es ist natürlich so, dass ich damals an eine bessere Welt, an eine bessere Gesellschaft geglaubt habe. Diese Utopie habe ich heute nicht mehr. Es ist vielmehr so, dass ich mit der Gesellschaft, in der ich lebe, nicht einverstanden bin. Viele der Ungerechtigkeiten wurden ja bereits aufgezählt. Dennoch haben wir hier die Möglichkeit, unsere Meinung kundzutun, über Medien Wege zu finden, uns zu artikulieren. Hier gibt es aber andere Fallen, andere Tücken und dagegen kämpfen wir auch an.

Verantwortung ist für mich ein sehr starker, ein sehr ethischer Begriff. Warum mich das, was in der Türkei passiert, so stark interessiert – wobei mich diese Gesellschaft ja geradezu ausgespuckt hat, könnte man sagen, denn seit vierzig Jahren lebe ich quasi im selbstgewählten Exil –, ist, dass ich möchte, dass sich die Situation dort verbessert. Ich habe unlängst mit einem kurdischen Freund geredet, der zu mir gesagt hat: „Hakan, ich bin ein Kurde. Ich

lebe seit 45 Jahren in Österreich. Türkisch ist nicht meine Muttersprache. Ich weiß, dass es den Kurden in der Türkei schlecht geht. Ich weiß nicht, ob es jemals eine kurdische Autonomie geben wird. Trotzdem lese ich als Erstes in der Früh eine türkische Zeitung.“

Ich war in der Türkei ein Angehöriger der Mehrheit. Als ich nach Österreich gekommen bin, habe ich trotz meiner privilegierten Position – ich bin als Student gekommen, habe später in der ORF-Minderheitenredaktion gearbeitet, auf der Uni unterrichtet – gemerkt, was es bedeutet, ein Minderheitenangehöriger zu sein. Und man denkt – wie du, Maynat, es am Anfang so schön beschrieben hast –, wie muss es erst jenen ergangen sein, die als Minderheiten schon in ihren Herkunftsländern unterdrückt waren und dann hierhergekommen sind. Da hat bei mir ein Perspektivenwechsel stattgefunden. Und darum ist es mir ein Anliegen, für die Minderheitenrechte auch in der Türkei einzutreten.

Maynat Kurbanova, freie Journalistin und Autorin, ist Obfrau des Netzwerks tschetschenischer Mütter in Österreich.

Zoraida Nieto ist Kultur- und Sozialanthropologin, Medienkünstlerin (Radio und Print) und feministisch-politische Aktivistin.

Hakan Gürses hat in Wien Philosophie studiert und ist in der politischen Erwachsenenbildung tätig; er war 1993-2007 Chefredakteur der Stimme.





Felix Stalder

Foto: Christopher Gwizd

Von der repräsentativen zur vernetzten Demokratie

Die alten Formen der Demokratie, die etablierten Wege, wie die Öffentlichkeit aufgebaut wurde, befinden sich in einer tiefen Krise – Appelle an eine idealisierte Vergangenheit werden sie nicht retten. Sie sind eindeutig nicht mehr der Aufgabe gewachsen, eine immer komplexere Gesellschaft zu organisieren. Angesichts des wieder aufkommenden Autoritarismus sollten wir darüber nachdenken, wie wir uns mit der Kapazität des Digitalen verbinden können, um der gegenwärtigen Tendenz zur Fragmentierung in immer kleinere Gemeinschaften und der daraus resultierenden Unverständlichkeit der Welt zu begegnen.

Die parlamentarische, repräsentative Demokratie mit ihrem System der Gewaltenteilung, die noch in den 1990er Jahren den Siegeszug um die Welt anzutreten schien, ist unübersehbar in der Krise. In den Vereinigten Staaten mit Trump, in Ungarn mit Orbán, in den Philippinen mit Duterte, in der Türkei mit Erdoğan und an vielen weiteren Orten hat ein neuer Typus von Politikern (aktuell nur Männern) die Macht erobert, der sich ganz offen gegen demokratische Regeln stellt und neue autokratische Strukturen implementiert. Von ehemaligen Volksparteien, die die Nachkriegsordnung geprägt und durch ihre Verankerung in der Bevölkerung Demokratie legitimiert haben, ist – etwa in Frankreich – kaum mehr etwas übrig und wo sie noch stark sind, sind sie zum Verwalter des Status quo geworden, die außer ein müdes „Weiter so!“ programmatisch wenig zu bieten scheinen. Die Demokratie wird von außen angegriffen und ist von innen her ausgehöhlt.

Die Gründe dafür sind sicherlich vielfältig. Im Folgenden möchte ich auf einen meines Erachtens sehr wesentlichen Grund fokussieren: die Veränderungen in der Struktur der Öffentlichkeit, in der demokratische Fragen verhandelt und Entscheidungen legitimiert werden.

Die enttäuschten Hoffnungen des Internets

In den späten 1990er und frühen 2000er Jahren begann sich die Struktur der Öffentlichkeit wieder einmal zu verändern. Das Internet, ein neues Medium für Many-to-Many-Kommunikation, wurde selbst zum Massenmedium. Während die etablierten Rundfunkmedien und die durch sie an die Macht gekommenen Politiker*innen nur langsam reagierten, wurde das neue Medium von denen, deren Ansichten und Interessen nicht von den Massenmedien vertreten wurden, begeistert aufgenommen. Ihre Ansichten waren entweder zu marginal, um im Rahmen

der massenmedialen Strukturen gewinnbringend behandelt zu werden, oder es war ihnen aus politischen, wirtschaftlichen oder moralischen Gründen untersagt, ihre Anliegen zum Ausdruck zu bringen. Diese Gruppen fanden die neuen Medien ideal geeignet, um ihre eigenen, selbstorganisierten Räume zu etablieren, in denen sie ihre eigenen Referenzen, Lebens- und Handlungsweisen entwickeln konnten. Dies führte zunächst zu einer echten Erweiterung der Sprechfähigkeit, da mehr Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und Interesse Öffentlichkeit außerhalb der Massenmedien organisieren konnten, und zu einem Wachstum der kulturellen Vielfalt, begleitet von der Hoffnung auf eine integrativere und expansivere Demokratie. Diese Hoffnungen ließen sich, wie wir heute wissen, nicht realisieren. Aber warum?

Die Gründe dafür sind zahlreich. Die Auswirkungen der Vervielfältigung von Gemeinschaften, zur

selbstorganisierten Gruppen von Gleichgesinnten, sind sehr ambivalent. Einerseits war (und ist) dies ein Element der sozialen Befreiung, so wie Menschen, die nicht in das ländliche oder kleinstädtische Leben passten, immer in Großstädte gezogen sind, um bessere Lebenschancen zu suchen und/oder Gleichgesinnte zu finden. Andererseits führte diese Proliferation von Gemeinschaften auch zu einer Fragmentierung von Interessen und Weltanschauungen, die sie immer weiter auseinandertrieben.

Auch das hat Gründe. Die Notwendigkeit, einen gemeinsamen Horizont zu schaffen und zu erhalten, versetzt solche Gruppen nach innen. Ohne ständige Orientierung aufeinander und ohne kontinuierliche Kommunikation würden sie auseinanderfallen. In dieser Kommunikation muss es aber genau das richtige Maß an Übereinstimmung geben – vieles muss als selbstverständlich gelten und nicht diskutiert werden müssen, damit die Konzentration auf bestimmte Themen möglich ist. Wichtig ist auch ein dynamischer Wandel, neue Informationen und Ideen, die diskutiert oder einfach wie ein lustiges Katzenbild genossen werden.

Die sozialen Massenmedien mit ihrer Fähigkeit zu teilen, zu kommentieren und dergleichen sind genau für diese Art der Kommunikation geschaffen. Wenn innerhalb einer solchen Struktur das Reservoir an Gemeinsamkeiten zu klein wird, wird die Kommunikation mühsam, sie polarisiert und die Gemeinschaft fällt auseinander. Wenn der Wandel auf produktive Weise aufhört, schweigt die Gemeinschaft wie ein altes Paar, das bereits weiß, was der andere sagen wird, ohne dass er oder sie es tatsächlich sagt. Diese innere Orientierung ermöglicht es diesen Gemeinschaften, eine gemeinsame Weltanschauung zu entwickeln, entfernt sie aber zunehmend voneinander. Die Bezugspunkte, die sie teilen, schrumpfen. Die anderen und die Welt außerhalb der Gemeinschaft werden immer unverständlicher.

Die zweite Dynamik, die diese Fragmentierung antreibt, hat mit einer allgemeinen kognitiven Strategie zur

Reduzierung der Komplexität und zum Umgang mit Informationsüberlastung zu tun. Nämlich mit dem Herausfiltern von Informationen, die nicht in bestehende kognitive Strukturen passen, Informationen, die bereits etablierten Narrativen und Meinungen widersprechen und somit zeitaufwendig zu interpretieren und schwer zu verstehen sind. Dies wird als „Confirmation Bias“ (dt. Bestätigungsneigung) bezeichnet, als – so Wikipedia – die Tendenz, Informationen in einer Weise zu suchen, zu interpretieren, zu favorisieren und abzurufen, die die bereits existierenden Überzeugungen oder Hypothesen bestätigt.

Informationen werden selektiv gesammelt und einseitig interpretiert. Es ist seit den 1960er Jahren bekannt, dass Stress diese Verzerrung erhöht. Wenn schnell reagiert werden muss, bleibt keine Zeit, die eigenen Annahmen in Frage zu stellen. Zu den Auswirkungen dieser Verzerrung gehören nicht nur die Polarisierung der Meinung, das Übervertrauen in das eigene Urteil und das Beharren auf diskreditierte Glaubenssätze (daher ist es unwirksam, falsche Nachrichten zu korrigieren), sondern auch die Tendenz, illusorische Assoziationen zwischen Ereignissen herzustellen.

Heute wird jeder durch die Beschleunigung des Alltagslebens und die riesige Menge an Informationen, die er täglich verarbeiten muss, gestresst. Teilweise als Reaktion auf diesen Stress „personalisieren“ große soziale Netzwerke nun die Informationsflüsse, d. h., sie unterdrücken Informationen, die nicht in etablierte kognitive Muster passen. Ihre Filter interpretieren solche Informationen als Dinge, die ein Benutzer nicht mag oder die ihn nicht interessieren, und sortieren sie aus, automatisch und weitgehend unentdeckt durch den Benutzer. Confirmation Bias ist heute Teil der Kommunikationsinfrastrukturen. Die Welt beginnt wieder zusammenhängend zu werden, aber um den Preis, dass in dieser Welt „der andere“ keinen Platz hat.

Die dritte Dynamik hängt damit zusammen, dass immer mehr Aspekte unseres täglichen Lebens vermittelt werden

und mit zunehmender Komplexität der Gesellschaft immer weniger von der Realität durch direkte Kontrolle verständlich ist. Aber die vermittelte Realität, wie Propagandisten und Werbetreibende seit sehr langer Zeit wissen, ist recht leicht zu manipulieren, denn jede Mediation ist auch eine Erfindung. Bei den digitalen Medien ist dies umso mehr der Fall, als die Manipulation dank der Fortschritte bei der automatisierten Bild-, Audio- und Videobearbeitung in Echtzeit und hoher Qualität massenhaft produziert werden kann und gleichzeitig auf sehr kleine, in Bezug auf ihre kognitive Einstellung zunehmend geschlossene Gruppen zugeschnitten ist. Dies untergräbt weiter, was als eine gemeinsame Realität erlebt werden könnte. Und da diese Massenmanipulation nun an die Bestätigungsverzerrungen sehr gezielter Gruppen angepasst ist, wird sie für die Zielpersonen immer schwieriger erkennbar, denn selbst die falschen Informationen passen perfekt zu den eigenen Annahmen. So erscheinen „Fake News“ als qualitativ hochwertige Nachrichten.

Nicht zuletzt folgen die Rundfunkmedien, die nach wie vor wichtig sind, um eine Brücke zwischen diesen fragmentierten Gruppen zu schlagen, oft den führenden Social-Media-Kanälen. Nicht zuletzt weil sie einfach zu verstehen sind und darüber billig zu berichten ist. Auch weil es wichtiger ist, eine Nachricht als Erster zu vermelden, anstatt sie richtig zu recherchieren. Sie berichten oft von Social-Media-Ereignissen als Realität – was in gewisser Weise auch stimmt, denn darüber reden ja die Menschen (oder Bots, die sich als Menschen ausgeben). Aber so validieren sie nicht nur die verzerrten Wahrnehmungen, sondern schaffen ein Gefühl von andauernden, mehr oder weniger zufälligen Skandalen und Konflikten, die mit hoher Geschwindigkeit, aber ohne sinnhaften Zusammenhang, einander folgen.

Also stehen wir vor einer neuen Struktur der „Öffentlichkeit“. Ob der Begriff „Öffentlichkeit“ noch Sinn macht, wird seit einiger Zeit diskutiert. Meiner Meinung nach ist er fragwürdiger denn je,

nicht zuletzt weil die Unterscheidung zwischen dem „Öffentlichen“ und dem „Privaten“ fast vollständig aufgehoben wurde. Zudem gibt es kaum mehr eine Öffentlichkeit im Singular, sondern bestenfalls einen Flickenteppich aus sich überlappenden Öffentlichkeiten. Aber ich benutze den Begriff dennoch hier, weil damit eine Struktur bezeichnet werden kann, aus der eine bestimmte Art von Politik hervorgeht.

Neue Politik der vernetzten Öffentlichkeiten

Derzeit gibt es drei Strategien, die auf die Herausforderungen dieser neuen Struktur reagieren. Die schwächste Strategie ist die Aufforderung zur Vernunft und die Bekräftigung der Bedeutung von Qualitätsmedien und faktenbasierter Berichterstattung. Als Forscher und Wissenschaftler, der sich den Idealen der Aufklärung verpflichtet fühlt und Texte wie diesen hier schreibt, kann ich mit solchen Aufrufen sympathisieren, aber sie klingen in meinen Ohren hohl. Es gibt kein Zurück, und das sollte es auch nicht geben, denn egal wie groß die Herausforderungen der Gegenwart sein mögen, die Probleme der Vergangenheit sind nur zu gut bekannt. Die derzeit erfolgreichsten politischen Strategien konzentrieren sich auf die Erhöhung des Antagonismus und der Spaltung. Ihr Ziel ist es, Angst und Verwirrung bei den Menschen zu erzeugen, denen ein starker Führer als Erleichterung angeboten wird. Er (oder sie) wird so dargestellt, dass er über dem Kampf steht und über die Kakophonie der Stimmen sprechen kann. In einigen Fällen, insbesondere in Westeuropa und den USA, bieten Social Media eine neue Ressource im Arsenal solch starker Männer, da sie angeblich in der Lage sind, direkt mit ihren Anhängern zu sprechen, ohne Vermittlung durch die Massenmedien (die als „Fake News“ oder „Lügenpresse“ diffamiert werden). Donald Trump ist vielleicht der extremste Fall dieser Strategie im Westen, aber sie wird von den Feinden der Demokratie in vielen Ländern rund um den Globus verwendet. Auch in Österreich kennen wir das nur zu gut.

Die im Hinblick auf eine Erneuerung der Demokratie hoffnungsvollsten Strategien gehen in die entgegengesetzte Richtung. Sie versuchen, die neue organisatorische Kapazität der digitalen Many-to-Many-Kommunikation zu nutzen, um das Digitale wieder mit dem Physischen zu verbinden. Sie versuchen, die Möglichkeiten unauffindbarer und allgegenwärtiger Manipulationen zu begrenzen, indem sie neue Momente direkter physischer Erfahrung schaffen.

Dies zeigte sich am deutlichsten in der Welle von Demonstrationen auf öffentlichen Plätzen zwischen 2011 und 2013, die über digitale Medien organisiert wurden, sich aber auf Plätzen manifestierten, wodurch verschiedene Gruppen die Möglichkeit erhielten, sich zu treffen und buchstäblich eine gemeinsame Basis zu finden. Je nach den lokalen Bedingungen wurden diese Bewegungen entweder unterdrückt, von der Dynamik weggefedt, die sie entfesselten, aber nicht kontrollieren konnten, oder sie verwandelten sich in neue politische Akteure, die in die politischen Systeme eintraten.

Sie versuchten, neue Formen der Partizipation und Beratung, die auf den Plätzen gelernt und durch digitale Medien organisiert wurden, in die formale Politik zu bringen. Daraus entstand ein Netzwerk von „Rebellenstädten“ unter der Führung von Barcelona und Madrid, das aber weit über Spanien hinausreicht. Sie versuchen, die Demokratie für das 21. Jahrhundert neu zu erfinden, indem sie den Raum der Reflexion verändern und neue Formen der Partizipation schaffen.

Neben diesen bekanntesten und in ihrem Ehrgeiz weitreichendsten Beispielen gibt es eine Explosion von Versuchen und konkreten Projekten, das Digitale und das Physische wieder zu verbinden, um der fragmentierenden und spaltenden Dynamik des Ersteren entgegenzuwirken und Letzteres zu transformieren – angefangen von Gemeinschaftsgärten und Selbstreparaturläden, die digitale Werkzeuge zur Organisation des

Wissens und Arbeitsteilung nutzen, bis hin zu Kampagnen zur „Rekommunalisierung“ oder Umwandlung in eine „gemeinsame“ Basisinfrastruktur wie Stromnetze und Trinkwasser. Der Punkt ist, wenn man die digitalen Medien nutzt, um neue Dynamik im physischen gemeinsamen Raum zu erzeugen, wird es schwieriger, die Medieninhalte zu manipulieren, weil sie schnell und einfach durch direkte Erfahrung validiert (oder widerlegt) werden. Wenn die App Ihrer Carsharing-Systeme Ihnen zeigt, dass es ein Auto um die Ecke gibt und Sie dann dorthin fahren und der Parkplatz leer ist, dann gibt es nicht viel zu diskutieren über die Vorteile digitaler Informationen. Es ist offensichtlich und offensichtlich falsch, auch wenn die Karte auf die ausgefeilteste Weise gerendert wurde und viele Links zu weiteren Informationen enthält.

Die alten Formen der Demokratie, die etablierten Wege, wie die Öffentlichkeit aufgebaut wurde, befinden sich also in einer tiefen Krise und keine Menge von Appellen an eine idealisierte Vergangenheit wird sie retten. Sie sind eindeutig nicht mehr der Aufgabe gewachsen, eine immer komplexere Gesellschaft zu organisieren. Angesichts des wiederaufkommenden Autoritarismus sollten wir darüber nachdenken, wie wir uns wieder mit der Kapazität des Digitalen verbinden können, mit der Fähigkeit, neue Wege des Wissens und des Zusammenseins in der Erfahrung des physischen Raums zu bieten, um der gegenwärtigen Tendenz zur Fragmentierung in kleinere und kleinere Gemeinschaften und der daraus resultierenden Unverständlichkeit der Welt zu begegnen. Das wird schwierig sein. Aber was ist die Alternative?

Felix Stalder unterrichtet an der Zürcher Hochschule der Künste und ist in Wien am „World Information Institute“ und bei der Forschungsplattform „Technopolitics“ engagiert. Zuletzt erschienen: Kultur der Digitalität (Suhrkamp, 2016). felix.openflows.com

Herr Groll berichtet vom Donauknie

Im Gasthaus Käpt'n Otto an der Nußdorfer Donaulände musterte Herr Groll den Dozenten, der sich einem Backhuhn widmete, mit Wohlwollen. „Sie kommen von einem Ausflug in die Wachau?“

Der Dozent nickte.

„Zur Marillenblüte sind Sie im August wohl zu spät gekommen, aber die Jungweine der Wachau geben um diese Zeit bereits zu schönen Hoffnungen Anlass“, setzte Groll fort. „Man muss ja keinen F.X.-Pichler-Veltliner aus einem großen Weinjahr in den 1950ern um 780 Euro beim Landgasthaus Bacher in Mautern trinken; ein Veltliner des renommierten Weinguts Prager um 660 Euro tut es ja auch.“ „Meine Mama und ich geruhten im Sieben-Sterne-Restaurant Richard Löwenherz auf der berühmten Donauterrasse zu speisen“, entgegnete der Dozent. „Dort wurde uns eine Flasche ‚Samaragd‘-Veltliner kredenzt, der unsere ungeteilte Zustimmung fand. Zusammen mit einem Tafelspitz, einer gebratenen Forelle, zwei Zwetschkenknödel und Kaffee kamen wir mit schlanken 270 Euro durch. Wir sind eben eine durch und durch bodenständige und bescheidene Industriellenfamilie. Und Sie haben das ungarische Pendant zu Dürnstein besucht. Visegrád im Donauknie oberhalb von Budapest.“

„Die ungarische Wachau“, bestätigte Groll. „Ich habe dort bei einem alten Freund, der die Sommerküche seines Anwesens zu einem rollstuhlauglichen Apartment ausgebaut hat, erholsame und aufschlussreiche Tage verbracht. Für ersteres waren die Fischsuppen im Fährrestaurant Plintenburg verantwortlich, für letzteres die eigene Anschauung und die Berichte meines Freundes über die wirtschaftliche Lage in Ungarn.“

„Erzählen Sie“, bat der Dozent. Herr Groll verfolgte die Passage der bergwärts fahrenden „Viking Thor“ mit einem eigenwilligen an einen Hammerhai erinnernden Bug. „Dieses Schiff habe ich vor wenigen Tagen an der Mahart-Schiffstation am Fuße der Burg Visegrád gesehen“, berichtete Herr Groll. „Die Fährstation weist eine moderne Behindertentoilette auf, ebenso wie die meisten Restaurants im Ort. Und das Hotel Visegrád an der Hauptstraße verfügt über zwei barrierefreie Zimmer.“

„In Dürnstein habe ich keine derartigen Einrichtungen gefunden“, entgegnete der Dozent.

„Es gibt eine versteckt gelegene Behindertentoilette in

einem Gang, der zur Rezeption Ihres Nobelrestaurants führt. Aber da muss man schon ortskundig sein.“

„Sie stellen also der Barriererefreiheit im Orbáns'schen Ungarn ein gutes Zeugnis aus“, fasste der Dozent zusammen.

„Wenn man in Rechnung stellt, dass das ungarische Donauknie neben dem Balaton die wichtigste Touristen-destination ist, ja. Weiters fiel mir auf, dass die öffentliche Infrastruktur – Brücken, Straßen, Beleuchtung, Kanalisation – in Ungarn verfällt und auf dem Stand der achtziger Jahre verblieben ist. Es gibt aber viele große Geländeaautos und schicke Villen, die vom Wohlstand ihrer Bewohner zeugen. Die Masse der Menschen ist aber ärmer als früher. Restaurantbesuche für Normalverdiener sind, darin ist Ungarn Österreich nicht unähnlich, nur schwer finanzierbar. Auf dem Weg ins Donauknie fuhr ich über viele Kilometer an Industrieruinen der Ortschaften Neszmely, Almasfüzitő und Labatlán vorbei. In den herabgekommenen Wohnanlagen leben aber immer noch tausende Menschen. Es gibt dort keine Arbeit, keine soziale, gesundheitliche und Bildungsinfrastruktur. Zivilisatorische Wüsten. Aber in Nagymaros am Visegrád gegenüberliegenden Donauufer erhebt sich hoch oben im Naturschutzgebiet eine pompöse Villa, zu der viele Serpentin hinaufführen.“

„Sicher ein Oligarch“, meinte der Dozent.

„Eine Tochter Orbáns“, sagte Groll. „Im Grunde war ich angesichts der Verhältnisse bestürzt. Wenig und inselhafter Wohlstand, ansonsten Armut und viele Häuserruinen. Der einzige Supermarkt Visegráds ist bis zum Dach vollgestopft mit Ramsch, es gibt nur zwei Sorten Wein, weißen und roten. Vor vierzig Jahren war derselbe ABC-Supermarkt noch ein Einkaufsparadies. Schräg gegenüber hat aber vor kurzem ein Schnapsmuseum aufgemacht. Dafür zerbröseln die Stufen zum ‚Husbolt‘, dem Fleischhauer, und zur Apotheke. Alte Menschen kommen da nicht mehr hinauf. Und am verrosteten Eisengeländer an der Brücke über den Dorfbach hängt ein Zettel: Nicht berühren! Sturzgefahr!“

Die Rechnung bei Käpt'n Otto belief sich auf 26 Euro vierzig. Der Dozent ließ sich zu einem großzügigen Trinkgeld hinreißen. Er rundete den Betrag auf 27 Euro auf.

Das Revolutionäre ist nicht das Geld

Was das bedingungslose Grundeinkommen mit Menschen macht

Angesichts der zunehmenden Digitalisierung und Automatisierung und des damit einhergehenden Verschwindens von Jobs wird das bedingungslose Grundeinkommen wieder vermehrt diskutiert. Schon heute ist in Wohlfahrtsstaaten wie Österreich ein großer Teil der Bevölkerung finanziell von staatlichen Zahlungen, Sozialleistungen oder vom Einkommen anderer abhängig – Tendenz steigend, auch durch den Anstieg des Durchschnittsalters. Wer wird noch Arbeit haben, wenn Busfahrer*innen durch selbstfahrende Busse, Verkäufer*innen durch Selbstbedienungskassen oder Buchhalter*innen durch die entsprechende Software ersetzt werden? Wie soll die Gesellschaft von morgen funktionieren, wenn Jobs Mangelware sind? Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine mögliche Antwort.



Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens sieht grundsätzlich vor, dass jede Person monatlich einen gewissen Geldbetrag erhält. Davon soll der Lebensunterhalt oder – je nach Konzept – zumindest ein Teil davon gedeckt sein. Die Zahlung ist weder an eine bestimmte Bedürftigkeit wie Arbeitslosigkeit noch an Bedingungen geknüpft wie etwa die Bereitschaft, sich einen Job zu suchen. Jede und jeder erhält ein Grundeinkommen. Es soll Armut verhindern und ein selbstbestimmtes Leben und Arbeiten in einer gerechteren Gesellschaft ermöglichen.

Doch Grundeinkommen ist nicht gleich Grundeinkommen. Die Idee ist in humanistischen, liberalen und religiösen Denkschulen verankert und die Ansätze zu ihrer konkreten Ausgestaltung sind dementsprechend vielseitig. In den meisten Fällen ersetzt das Grundeinkommen andere Sozialleistungen wie Mindestsicherung, Arbeitslosen- oder Karenzgeld. So kann auch sozialer

Stigmatisierung, die oft mit dem Erhalt von Sozialleistungen einhergeht, entgegengewirkt werden. In manchen Modellen sinkt das Grundeinkommen mit dem Anstieg des Gehalts. Andere Modelle sind an Staatsbürgerschaft, Arbeitslosigkeit oder ähnliche Bedingungen geknüpft. In liberaleren Modellen ersetzt das bedingungslose Grundeinkommen wirklich alle sozialstaatlichen Leistungen, selbst die Gesundheitsfürsorge, die dann privat abgedeckt werden muss.

Kritiker*innen sehen im bedingungslosen Grundeinkommen die Gefahr des Sozialabbaus. Ein Sozialsystem bestehend aus einer einzigen Transferzahlung sei angreifbar, ein Grundeinkommen sei leichter zu kürzen oder zu streichen als ein komplexes System von verschiedenen Leistungen. Überdies sehen Kritiker*innen das Solidaritätsprinzip der gegenseitigen Unterstützung, auf dem der Wohlfahrtsstaat aufgebaut, gefährdet.

Neuer Wind im Versuch Grundeinkommen

Der Ruf nach einem bedingungslosen Grundeinkommen wird weltweit lauter. Einige Pilotprojekte wurden gestartet, um dessen Auswirkungen zu untersuchen. In Kenia läuft ein großangelegter Langzeitversuch, in dem Haushalte bis zu zwölf Jahre lang ein Grundeinkommen von rund 20 US-Dollar im Monat pro Erwachsenen erhalten. Eine andere Form des bedingungslosen Grundeinkommens wurde in Finnland in einem Pilotprojekt zur Arbeitsmarktintegration erprobt. Zweitausend Arbeitslose erhielten für einen Zeitraum von zwei Jahren einen fixen Geldbetrag, ohne Jobsuche oder Fortbildungen nachweisen zu müssen. Das Projekt wurde vorzeitig abgebrochen. Die vorläufigen Resultate ergaben jedoch, dass die Menschen zwar nicht schneller einen Job fanden als im Regelsystem mit Nachweispflicht und Sanktionsandrohung, aber umso glück-

licher waren. Auch im laufenden amerikanischen Vorwahlkampf ist das bedingungslose Grundeinkommen ein Thema. Der Demokrat Andrew Yang wirbt mit dem Versprechen von 1.000 US-Dollar Einkommen pro Monat um Wähler*innen.

Das Experiment „Mein Grundeinkommen“

In Deutschland ist der Verein „Mein Grundeinkommen“ einer der prominentesten Verfechter des Grundeinkommens. Der Verein hat 2014 ein Experiment gestartet: Über Crowdfunding wird Geld gesammelt, das – ähnlich wie bei der Lotterziehung – live mittels Glücksrad und Zahlentrommel verlost wird. Die Gewinner*innen bekommen für ein Jahr 1.000 Euro im Monat. Mitmachen kann jede*r, auch ohne selbst zu spenden. Staatsbürgerschaft oder Alter sind egal, auch Kinder können ein Grundeinkommen gewinnen. Über 150.000 Menschen haben bisher gespendet, um das Experiment

eines „crowdfundeten“ Grundeinkommens zu ermöglichen. Bisher haben bereits über 370 Menschen ein Jahr bedingungsloses Grundeinkommen gewonnen.

Juliane gewann im Jahr 2018 als erste Person aus Österreich ein Jahr bedingungsloses Grundeinkommen. „Anfangs musste ich mich daran gewöhnen, Geld einfach so, ohne erwartete Gegenleistung, zu erhalten. Dann war es wie das größte Glück, es war wie ein Lottogewinn“, erzählt sie über ihre Erfahrung mit dem Grundeinkommen.

Erfahrung der Bedingungslosigkeit

Michael Bohmeyer und Claudia Cornelsen von „Mein Grundeinkommen“ haben im Frühjahr 2019 das Buch „Was würdest du tun?“^[1] veröffentlicht, in dem sie ihre Erfahrungen mit dem Experiment dokumentieren. Sie haben Gewinner*innen besucht und befragt, was sie mit ihrem Grundeinkommen gemacht haben. Diese Berichte klingen zuerst einmal ziemlich banal. Die Gewinner*innen haben sich Dinge gekauft, sind gereist, haben Geld gespart, angelegt sowie an andere weitergegeben.

Doch das Revolutionäre sei nicht das Geld an sich gewesen, sondern die Erfahrung der Bedingungslosigkeit. Die Autor*innen beschreiben diese Erfahrung als das

„Grundeinkommen-Gefühl“ – ein Gefühl von Gemeinschaft, die jeder und jedem Einzelnen zutraut, Entscheidungen zu treffen. Dieses Gefühl habe die Gewinner*innen wiederum zu Freiheit, Selbstbestimmtheit und Tatendrang ermächtigt. Bohmeyer und Cornelsen kommen zu dem Schluss, dass es nicht darum gehe, was die Menschen mit dem Grundeinkommen machen, sondern, was die Bedingungslosigkeit mit den Menschen macht.

Um genauer herauszufinden, welche Auswirkungen eine sanktionsfreie Grundversicherung auf Gesundheit, soziale Beziehungen und die Arbeitssituation hat, startete der Verein 2019 eine Langzeitstudie in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Unternehmensforschung und Organisationspsychologie. 250 Hartz-IV-Bezieher*innen erhalten drei Jahre lang ein bedingungsloses Grundeinkommen. Das heißt, sie leben ohne den Druck der Sanktionen des Jobcenters.

Die meisten Widerstände haben die Autor*innen vom klischeehaften „alten weißen Mann“ erfahren, dessen „Lebensleistung, die aus Disziplin, Fleiß, Gehorsam und Selbstverleugung besteht“, derzeit in Frage gestellt wird.

„Sanktionsfrei“, ein Schwesterverein von „Mein Grundeinkommen“, unterstützt wiederum Personen, deren

Hartz-IV-Bezüge vom Jobcenter gekürzt wurden, Einspruch gegen die Kürzung, also die sogenannten Sanktionen, zu erheben.

Grundeinkommen feministisch gedacht

Eine weitere Frage ist, wie sich ein bedingungsloses Grundeinkommen auf die Geschlechterverhältnisse auswirkt. Die Autor*innen des Sammelbandes „Das bedingungslose Grundeinkommen. Feministische und postpatriarchale Perspektiven“^[2] sehen darin das Potential, das gesellschaftliche Verständnis von Leistung zu verändern. Als Leistung werden nicht mehr ausschließlich bezahlte Jobs anerkannt, sondern auch unbezahlte Arbeit wie etwa Pflege von Kranken oder Kindererziehung, die meist von Frauen geleistet wird. Das Grundeinkommen ist jedoch nicht als einziges Allheilmittel zu sehen. Feminist*innen sehen die Gefahr, dass ein Grundeinkommen Geschlechterverhältnisse verfestigen und so zu einer *Herdprämie* werden kann. Es bedarf zusätzlicher Maßnahmen, um die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung von Frauen zu stärken. Ein emanzipativer Aspekt ist jedoch sicherlich, dass Arbeitende nicht mehr von schlecht bezahlten Jobs abhängig sind und sich das Kräfteverhältnis am Arbeitsmarkt vor allem im Niedriglohnssektor zu Gunsten

der Arbeitnehmer*innen verschieben wird, was vor allem auch Frauen zu Gute kommen wird.

Das Grundeinkommen-Volksbegehren in Österreich

Auch in Österreich bewegt sich etwas in Sachen Grundeinkommen. Im November 2019 findet ein Volksbegehren statt, das ein bedingungsloses Grundeinkommen in der Höhe von 1.200 Euro für österreichische Staatsbürger*innen fordert. Kritik an dem Volksbegehren kommt jedoch aus der Bewegung selbst: Der Verein „Generation Grundeinkommen“, der selbst für ein bedingungsloses Grundeinkommen wirbt, kritisiert, dass das Volksbegehren die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen an die österreichische Staatsbürgerschaft koppelt. Dadurch sind rund 1,4 Millionen in Österreich lebende Menschen von dem Modell ausgeschlossen. Bedingungsloses Grundeinkommen ist eben nicht gleich bedingungsloses Grundeinkommen.

^[1] Michael Bohmeyer, Claudia Cornelsen: Was würdest du tun? Wie uns das Bedingungslose Grundeinkommen verändert. Econ Verlag 2019.

^[2] Ronald Blaschke, Ina Praetorius, Antje Schrupp (Hg.): Das Bedingungslose Grundeinkommen: Feministische und postpatriarchale Perspektiven. Ulrike Hellmer Verlag 2010.

Julia Schönherr ist Redakteurin bei Radio Stimme.

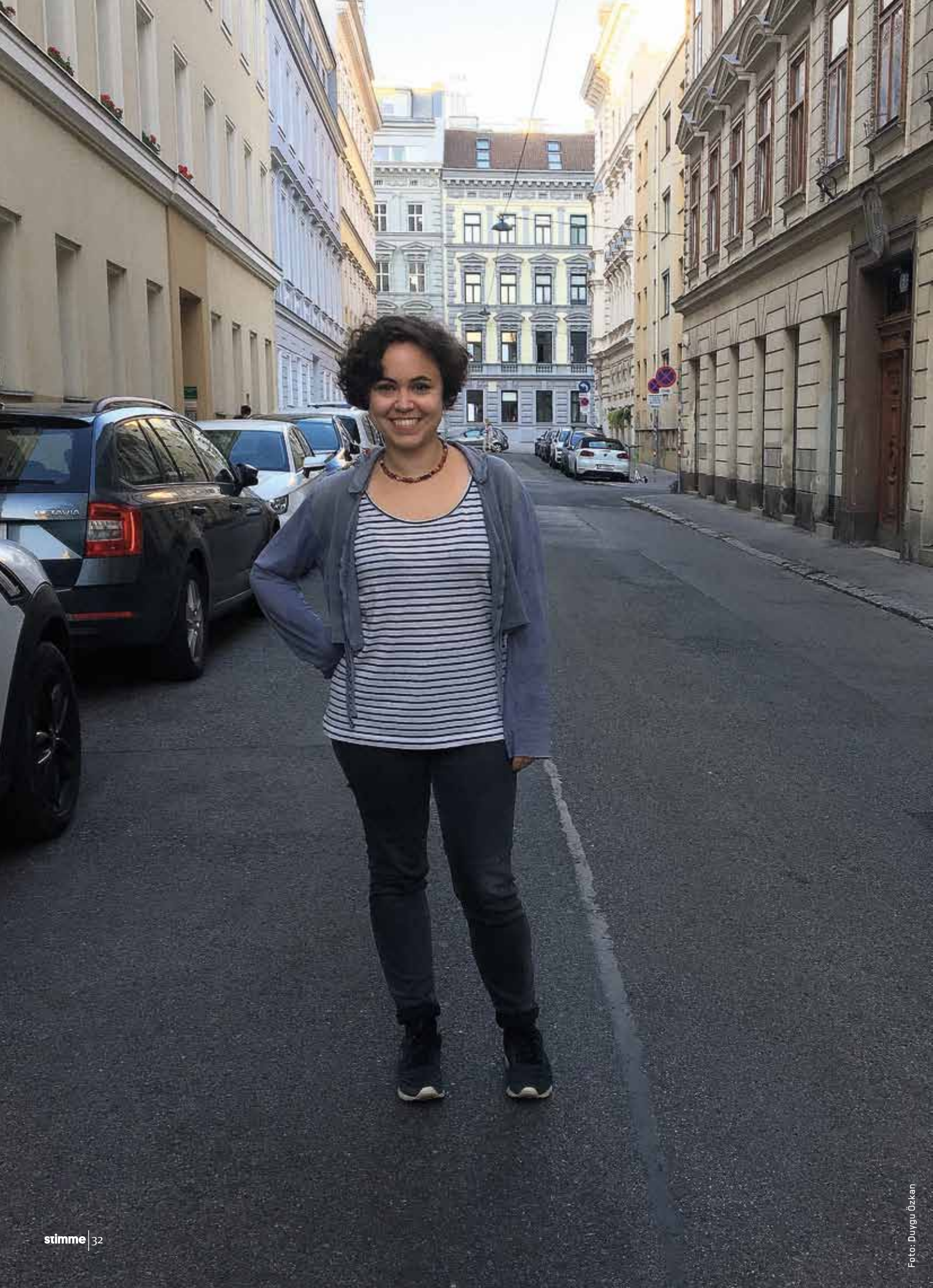


das politische magazin
abseits des mainstreams

auf freien radios und im internet

www.radiostimme.at

Wien Orange 94.0
Innsbruck FREIRAD
Graz Radio Helsinki
Kärnten / Koroška Radio AGORA
Bludenz Radio Proton
Salzburg Radiofabrik
Linz Radio FRO
Salzkammergut Freies Radio Salzkammergut
Kremstal Freies Radio B138



„Ich will die Erkenntnis schneller“

Die Journalistin Anna Goldenberg hat sich auf die Spuren ihres Großvaters begeben, der vor den Nazis versteckt wurde. Ein Gespräch über das Österreichischsein, über den Blick auf Wien aus der Ferne – und das plötzliche Abreisen von Familienurlaube.

Die Fragen kamen in New York. Auf der Uni, im Büro, im Freundeskreis. Anna, was hat es mit deiner Familie auf sich? Anna Goldenberg erzählt, in New York musste sie einige Vorurteile, einige Vorstellungen zurechtrücken, bisweilen ganz entkräften. Ja, es leben Juden in Österreich. Nein, das Leben gleicht nicht einem Nazi-Kriegsfilm. Natürlich gibt es Rechte, Rechtsextreme, es gibt Antisemitismus und Hass, aber es gibt auch Aufbegehren, wenn all das zutage tritt. Es ist nicht schwarz-weiß, das hat Anna Goldenberg oftmals erläutern müssen.

In den letzten Sonnentagen dieses Sommers sitzt die 30-Jährige im Schanigarten eines Cafés in Wien-Mariahilf, blickt auf ihre Zeit als Studentin und Journalistin in New York zurück, so auch auf ihre Studienjahre in Großbritannien. Ihren Wiener Schmah hätten die Amerikaner viel zu oft nicht verstanden, bedauert Goldenberg. Und auch die Briten hingen ihren einseitigen Bildern über Österreich nach. „Ich habe dann gemerkt“, sagt sie, „wie österreichisch in bin. Wie jede Minderheit hat man ja das Gefühl, dass man nicht richtig dazugehört. Dann kommst du drauf: Oh ja, du gehörst schon dazu.“ Es ist die Lebenserfahrung, die man mit allen anderen in einem Land teilt. Kindergarten, Schule, Freundschaften, Feindschaften. Was ihr die Jahre im Ausland noch gebracht haben, das war die Idee, ihre Familiengeschichte zu verschriftlichen. Die vielen Nachfragen, das große Interesse.

Nicht weit weg vom Schanigarten, wo Goldenberg ihre Arme auf dem Tisch verschränkt hat, hielt ein Kinderarzt ihren Großvater mehr als zwei Jahre lang vor den Nazis versteckt; seine Geschichte erzählt sie in ihrem Buch „Versteckte Jahre“ (Zsolnay). Zurück aus den USA, hat sich Goldenberg auf eine intensive Spurensuche begeben – an ihren Opa kann sie sich nur schemenhaft erinnern, er starb, als sie ein kleines Kind war. „Ich wollte so viel wie möglich belegen“, sagt sie, „ich habe so getan, als wäre meine Großmutter eine fremde Person, sodass ich ihre Erzählungen nachprüfen muss.“ Sie zog durch die Archive, sprach mit Historikern. Dabei waren Fakten die eine Sache; Geschehnisse, die sie schon kannte. Wie ein Großteil der Familie ausgelöscht wurde. Wie der Kinderarzt den Buben versteckt hielt. Dann gab es aber die eine große Frage, die ihr in England und den USA immer wieder gestellt wurde und die zu beantworten so schwierig war: Warum sind die Großeltern in Österreich geblieben, in dem Land, das die Familie getreten, getötet und zerstört hat? „Mein Großvater“, sagt Goldenberg, „war in Wien sehr verwurzelt. Sie beide konnten sich nicht vorstellen, woanders zu leben.“

Goldenberg machte ihre ersten Gehversuche im Journalismus schon mit zarten 14 Jahren, sie schnupperte beim *Schüler-Standard*, später folgten Praktika bei der *Presse* und beim *Profil*, heute schreibt sie regelmäßig für den *Falter*. Begleitet hat sie anfangs die Befürchtung, dass man irgendwann die Lust am Lesen verliert, denn das Reporterleben überflutet, ja, überwältigt einen mit Schriften. Doch sie ist drangeblieben, da war dieser Reiz des Gestaltens, vor allem aber habe sie der Wissenschaftsjournalismus überzeugt, eine Mischung aus langer Forschung und schnellem Journalismus. Denn so sehr sie ihr sehr wissenschaftliches Psychologiestudium in Cambridge fasziniert habe – „ich will die Erkenntnis schneller“, sagt Goldenberg. Früh hat sie auch begonnen, ihre Familiengeschichte journalistisch zu verarbeiten, sie begleitete ihre Großmutter zu Zeitzeugengesprächen nach Theresienstadt, schrieb darüber. Später beschäftigte sie sich mit den Bemühungen des Großvaters um Restitution, denn es war ein langer und mühsamer Prozess. Dem Staat Österreich zufolge war Hans Feldner-Bustin zwar ein Nachfahre von Opfern, aber selbst keines, konnte er doch als U-Boot in Wien leben. Ein Jahrzehnt lang zog sich der Schriftverkehr hin, erzählt die Enkelin, ehe er selbst die volle Entschädigung als Opfer bekam.

Nach dem Tod des Großvaters stieß die Familie auf dessen Verstecke. Er hatte Essen gehortet. Unter dem Linoleumboden, auf der sich eine Werkbank befand, entdeckten sie eine Aushöhlung mit Lüftung, in die ein Mensch hineinpasste. Falls der Ernstfall wieder eintreten sollte. Vielleicht fasst diese Aushöhlung auch die ambivalente Beziehung zusammen, die Opferfamilien mit Österreich hatten und haben. Feldner-Bustin verlor nicht nur seine Familie, er überlebte nur mit Hilfe und fand sich später in einem Österreich wieder, das sich in einen Mantel des Schweigens hüllte. Ein dunkler, irrsinnig schmerzhafter Fleck bleibt immer, auch Jahrzehnte später. Goldenberg erzählt von Familienurlaube, von denen ihre Tante öfters früher abreisen wollte. Das plötzliche Pack-Chaos begann. „Dann hieß es immer: Wir üben für die Flucht.“ Ein Scherz sei das gewesen. Aber irgendwie auch nicht.

Goldenberg war 18 Jahre alt, als sie der Israelitischen Kultusgemeinde beitrat – trotz jüdischer Großeltern war sie ohne Religionsbekenntnis. Sie sagt, das sei auch ein Akt des Selbstbewusstseins gewesen. Zu zeigen: Hier gibt es eine mehr. —

stimme 113 >>

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

Anlässlich 60 Jahre Minderheitenschulgesetzgebung in Kärnten (1959) gestalten wir das nächste **Stimme**-Heft zu Schul- und Sprachpolitik in Österreich. Wir befassen uns mit Minderheiten in Schulen und der Situation mehrsprachiger Schüler*innen im Schulsystem. Wir setzen uns auseinander mit Deutschklassen, dem Benotungssystem, der Rückkehr zu den Sonderschulen und somit dem Rückbau von wichtigen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte.

SCHULE

stimme Abonnieren!

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

Liebe Freund_innen der **stimme** !

Die **stimme** ist die einzige minderheitenübergreifende Zeitschrift in Österreich und informiert nunmehr 27 Jahre und 112 Ausgaben lang über Anliegen und Forderungen von Minderheiten, diskutiert die Entwicklungen in der Minderheitenpolitik und tritt für minoritäre Allianzen ein.

Das Jahresabo kostet nur 20 Euro. Bitte abonniert die **stimme** / schenkt ein **stimme** -Abo / empfiehlt uns weiter! Danke und auf ein Wiederlesen!

E-Mail an: abo@initiative.minderheiten.at mit dem Betreff ABO.



„Mich kümmert's, ich helfe freiwillig.“

Mohammed A., Freizeitbetreuer

„Ich liebe meine Tätigkeit. Ich versuche zu helfen, sooft ich kann! Speziell in der Urlaubszeit ist viel zu tun. Gerade dann braucht es viele freiwillige Helferinnen und Helfer, die mit Geduld und Herz bei der Sache sind.“ Wien braucht immer neue Freiwillige. Zum Beispiel im Sozialbereich. Dich kümmert's? Werde jetzt freiwillige Helferin oder freiwilliger Helfer unter freiwillig.wien.gv.at


**Stadt
Wien**




» die nächste **stimme** erscheint im Dezember 2019

Erscheinungsort: Innsbruck | Verlagspostamt: 6020 Innsbruck | P.b.b. | Bürgerinitiative Demokratisch Leben | Stimme Nr. 112 | Aufgabepostamt: 1239 Wien | Zulassungsnummer: SP 02Z031717 S
Österreichische Post AG/Sponsoring Post | Rücksendeadresse: Initiative Minderheiten, Gumpendorferstraße 15/13, 1060 Wien | ISSN: 2306-9287



 **Bundeskanzleramt**
KUNST

 **Bundesministerium**
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

